

Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Bezugspreis durch Boten vierteljährl. 2,25 M., durch die Post 3 M. Einzelnummern 50 Pf. ♦ Anzeigenannahme: Inferaten-Union, GmbH., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. ♦ Preis für die 25 mm breite Millimeterzelle 40 Pf. Platzvorschriften ausgeschlossen. ♦ Postfach-Konto Hannover Nr. 576 13. ♦ Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, Filiale Bochum, Bittoriastr. 46. ♦ Tel.-Nr. 608 21. ♦ Telegr.-Adr.: Allverband Bochum.

Bergarbeiter, das ist Faschismus! . . .

Die Verhandlungen, die zwischen der Regierung von Papen und dem Reichspräsidenten von Hindenburg einerseits und Hitler andererseits zwecks „Eingliederung“ der Nazis in die Reichsregierung gepflogen wurden, sind gescheitert. Gescheitert deshalb, weil Hitler, dessen Größtmachanismen immer offensichtlicher wird, Forderungen stellte, die selbst die nazifreundliche Regierung Papen-Schleicher nicht erfüllen konnte. Diese Verhandlungen hatten das Gute, daß nun endlich das ganze deutsche Volk erfuhr, was Hitler eigentlich will. Er verlangte vom Reichspräsidenten nicht mehr und nicht weniger als die Uebergabe der ganzen Staatsgewalt in dem Ausmaße, wie sie Mussolini nach seinem Marsch auf Rom vom italienischen König bekommen hat. Hitler wollte für Deutschland daselbe werden, was Mussolini für Italien ist: unumschränkter Diktator! Er hat sich also Mussolini als Vorbild gewählt.

Was bedeutete aber der italienische Faschismus für den italienischen Bergarbeiter?

Als Antwort darauf sollen nachfolgend Teile eines Briefes mitgeteilt werden, der am 12. Dezember 1921 vom Führer des italienischen Bergarbeiterverbandes, Mazzari, an die Bergarbeiterinternationale gerichtet wurde. Einleitend verweist darin Kamerad Mazzari auf die Schwierigkeiten, die in Italien bestanden, als im Jahre 1920 die Grundlagen für den Bergarbeiterverband gelegt wurden, daß im Jahre 1921 die wirtschaftliche Lage für den italienischen Bergbau besonders schlecht war und schreibt dann wörtlich:

„... Zu derselben Zeit begann auch die Tätigkeit der Faschisten: Verwüstung, Brandstiftungen, Zerstörung der Verbandshäuser. Die Sekretäre, die Mitglieder der Beiräte der Organisation, die am meisten tätigen Kameraden, die Intensivisten, am meisten für die Organisation Begeisterten wurden von den Faschisten verfolgt, geprügelt, verwundet, aus ihren Heimatdörfern gejagt und auch verschiedene ermordet. Ihre Häuser wurden verbrannt oder zerstört und die bestehenden Ortsverwaltungen aufgelöst. Durch diese Maßnahmen wurde ein großer Teil der Bergarbeiter gezwungen, indem man ihnen mit Schlägen drohte, sie von ihrer Heimat verjagen wollte, ihnen sogar den Tod ansagte, Beitrittsmarken der Faschisten anzunehmen und sich in diese „patriotische“ Organisation aufnehmen zu lassen.

Auf diese Weise war es selbstverständlich, daß die Industriellen die Löhne immer mehr herabsetzten und die Arbeitszeit erhöhen konnten. Hier wollen wir einen Fall anführen:

In Nebida (Sardinien) wurden an einem Sonnabend alle Arbeiter entlassen und die Grube geschlossen. Am Montag wurde sie wieder geöffnet, und wer wieder arbeiten wollte, mußte sich in die Liste der Faschisten einschreiben lassen und sich bereit erklären, mit den neuen Arbeitsbedingungen zufrieden zu sein. Diese waren 8 Tage pro Schicht statt 25 und zehnstündige Arbeitszeit statt einer siebenstündigen.

Im Anfang dieses Jahres zündeten die Faschisten, unterstützt von den Zivil- und Militärbehörden, das Volkshaus von Sienna an, nachdem sie es vorher belagert hatten. In diesem Volkshaus hatte unsere Organisation ihren Sitz. In den ersten Tagen des Juni verwüstete dann dieselbe Gesellschaft den Sitz unserer Organisation in Grosseto, wo unser Sekretär ermordet wurde. Monate um Monate war es unmöglich, irgendeine Aktion zu unternehmen. Es war noch nicht mal möglich, in die Bergarbeiterdörfer zu gehen, ohne sich der Gefahr auszusetzen,

verprügelt zu werden. Briefe erreichten den Adressaten nicht und wenn es einmal vorkam, so wurde bald darauf der Briefempfänger verprügelt . . .

Alle anderen Organisationen sind ebenso hart getroffen wie wir und die Generalkommission hat kein Mittel mehr, um irgendeine Unterstützung zu geben. Bedenkt doch, Kameraden, daß mehr als 130 Arbeitsstammern und Hunderte und abermals Hunderte von Sektionen und Konsumgenossenschaften von den Faschisten zerstört und niedergebrannt wurden! Tausende und aber Tausende von Arbeitern wurden von ihren Heimatsorten verjagt, ihre Häuser zerstört und sie mußten von ihrer Organisation unterstützt werden.“

Fortfahrend bittet dann Mazzari die Bergarbeiterinternationale um eine finanzielle Unterstützung, um die Organisationen wieder aufzubauen, „andernfalls“, schreibt er, „wird lange Zeit vergehen, vielleicht manche Jahre, ehe wir wieder an diese Arbeit gehen können. . . Die Löhne sind um 40 bis 80 Prozent niedriger geworden, die Arbeiter leben in größtem Elend und können keine Opfer mehr für die Organisation bringen.“

Dieser Brief ist Ende 1921 geschrieben worden, also noch vor der Machtergreifung Mussolinis. Was dargestellt wird, ist deshalb erst die Schilderung der Vorgeschichte, die der Aufrichtung der faschistischen Diktatur in Italien vorangingen. Der italienischen Arbeiterklasse ist es nicht gelungen, den Vormarsch der faschistischen Horden aufzuhalten. Die in dem Brief angeführten Greuelthaten sind ins Unermeßliche gesteigert worden, um die faschistische Blutdiktatur zu verantern.

Und bei uns in Deutschland?

Erkennen wir klar und deutlich die Gefahr! Bombenwerfen, Brandstiftungen, Demolierung von Parteizeitungen und Konsumvereinsläden, Mordanschläge auf Funktionäre und Angestellte der Arbeiterorganisationen, das alles mußten wir nach den Reichstagswahlen erleben! Und ist es nicht mehr als ein Zufall, daß zur gleichen Zeit die Scharfmacher an Rhein und Ruhr, der Arbeitgeberverband Nordwest, mit seiner unverkämpften Forderung an die Öffentlichkeit trat, die Unabdingbarkeit des Tarifvertrages zu beseitigen? Sie fordern nicht mehr und nicht weniger, als daß sie durch Staatshilfe die Möglichkeit bekommen, Löhne zu zahlen, die nicht höher sind als die gegenwärtigen Unterstützungssätze.

Das sind Vorboten des Faschismus!

Die nach den Reichstagswahlen ausgebrochene Terrorwelle der Nazis ließ erst nach, nachdem sich die Reichsregierung infolge des Druckes, den die Arbeiterorganisationen auf sie ausübten, bequeme, die bekannnten verschärften Gegenmaßnahmen einschließlich der Todesstrafe anzudrohen. Aber durch den Verlauf der einleitend erwähnten Verhandlungen mit Hitler ist die politische Situation in Deutschland vollkommen undurchsichtig.

Bergarbeiter! Kameraden! Wollt ihr verhindern, daß nicht auch ihr das grausame Schicksal der italienischen Bergarbeiter erleidet, dann gibt es nur eins: Agitation, Aufklärung, Stärkung unseres Verbandes!

Wir wollen nicht nur den Faschismus schlagen, sondern müssen den Sozialismus zum Siege führen!

3,6 Millionen Mark

zahlte im Jahre 1931 der Verband an Unterstützungen für erwerbslose Bergarbeiter.

1,3 Millionen Mark

wurden durch Prozeßführung und Vertretung an den einzelnen Instanzen für die Kameraden herausgeholt. Das ist praktische, positive Verbandsarbeit

Das ist Solidarität!

Die RGO. und der Einheitsverband hatten im Jahre 1931 und auch jetzt nichts anderes zu tun, als diese starke Organisation zu schwächen.

Vielmehr könnte geleistet werden,

wenn die gesamte Bergarbeiterschaft die Notwendigkeit der Organisation erkennen würde. — Sorgt darum dafür, daß die Bedeutung der Organisation den Unorganisierten klar wird. Zeigt den berufsmäßigen Arbeiterzersplitterern und allen Feinden des Verbandes, was die Organisation nicht nur im Jahre 1931, sondern auch in den vorhergegangenen Jahren geleistet hat.

Deswegen müssen wir stärker werden.

Organisiert! Agitiert! Werbt!

sie ruhen nicht eher, als bis er erseht ist durch einen, der sie anknauert und mißhandelt und den sie dafür verehren.“

Das ist der Typ des von keiner wahren Bildung beschwerten, aber in seiner Knechtseligkeit zufriedenen rohen Spießbürgers. Er will die Herrschaft eines einzelnen oder weniger, die über ihm stehen. Er ist bereit, sich diesen „übernatürlichen“ Mächten willig zu unterordnen, wenn er nur die Berechtigung erhält, auf das Volk der Arbeit etwas mit herumtrampeln zu können. Als der preussische Militarismus 1918 samt der Monarchie und dem ganzen Plunder zusammengebrochen war, erkannten viele Teile des deutschen Bürgertums, daß sie in diesen „Spitzen der Gesellschaft“ nichts anderes angebetet hatten als ihre eigenen Hirngepinste.

Es schien eine Zeit lang, daß das deutsche Bürgertum in seiner Mehrheit bereit war, die in den Tiefen des Volkes schlummernden, unverbrauchten Kräfte zu mobilisieren und sie zum Aufbau eines wahrhaften demokratischen Staates nutzbar zu machen. Weil aber ein Land, das einen Krieg verloren hat und die furchtbaren Lasten eines vollständigen Wiederaufbaues auf sich nehmen muß, nicht in ein paar Jahren in ein Paradies verwandelt werden kann, begannen viele an der Sendung der demokratischen Freiheit zu zweifeln. Ein nie gekannter wirtschaftlicher Zusammenbruch kam hinzu. Was lag näher, daß das deutsche Bürgertum jenem politischen Rattenfänger von Braunaunach lief, der die dunklen Instinkte des deutschen Untertanen wieder lebendig zu machen vermochte. Mit dem Nationalsozialismus brach eine Volkskrankheit aus, die einen Michmasch von Hysterie und Untertanenromantik darstellt. Wenn wir auch bestimmte Teile des deutschen Volkes niemals hoch eingeschätzt haben, so hätten wir es doch für unmöglich gehalten, daß eine solche Bewegung einen derartigen Zulauf bekommt. Und doch müssen wir erkennen, daß das Emporsteigen des deutschen Volkes zur Höhe der Freiheit und Demokratie über unendliche Klippen gehen wird. Der Kampf um die Selbstbestimmung des Volkes befindet sich erst im Anfangsstadium. Die deutsche Arbeiterbewegung muß sich wieder als ein kompakter Faktor zusammensuchen, damit sie jenen Glanz bekommt, der aus diesem Volke die Reste einer vergangenen Zeit endgültig ausrottet und die Bahn frei macht zur Freiheit und Demokratie!

Der Freiheit unwürdig!

In Deutschland wird jetzt der heldenmütige Kampf zwischen der Demokratie und der von Diktaturgelüsten beherrschten Reaktion ausgefochten. Die Straßen deutscher Städte zeigen Aufmärsche braun angezogener Gestalten, die sich einbilden, eine geschichtliche Mission erfüllen zu müssen. Sie glauben berufen zu sein, ein Strafgericht über Volksgenossen zu vollstrecken. In Wirklichkeit sind diese uniformierten Horden nichts anderes als Soldaten der Reaktion, willfährige Werkzeuge der Todfeinde jeder Volksfreiheit. Seit 300 Jahren kämpft die Demokratie in Europa gegen den Absolutismus, gegen Knechtschaft und Unterdrückung. Das englische Volk hat seine Weltbeherrschung nur deshalb selbst in schwierigsten Perioden aufrecht erhalten vermocht, weil Demokratie und Freiheit dort keine leeren Begriffe, sondern zur Volkstugend geworden sind. Das deutsche Volk kämpft seit mehr als 100 Jahren um ein bißchen Freiheit und Mitbestimmungsrecht in der staatlichen und wirtschaftlichen Exekutive.

Die deutsche Arbeiterbewegung ist seit 80 Jahren der Vorwärtstrupp in diesem geschichtlichen Kampf. Sie ist bemüht, den geistig hochentwickeltesten Hand- und Kopfarbeiter zum Mitbestimmenden an den Geschicken der Nation zu machen. Nun, da die Demokratie in Deutschland seit etwa 13 Jahren am Ruder ist,

da die Verfassung von Weimar langsam begann, sich im Volke eine breitere Resonanz zu schaffen, erwacht aus der Not der Zeit eine Bewegung, die das deutsche Volk um Jahrzehnte zurückzuwerfen sich anstreckt. Der unpolitische deutsche Bürger, im Knechtstum geboren und erzogen, sehnt sich wieder danach, nach oben zu schielen und Befehlen zu gehorchen. Der bekannte Jurist Rudolf Olden hat diesen Untertanentyp im „Berliner Tageblatt“ folgendermaßen gekennzeichnet:

„Ob es uns nun schlecht ging oder weniger schlecht, immer gab es einige oder viele unter uns, die das Gleichgewicht von Kräften, das die Weimarer Verfassung eingerichtet hat, als traffe Unordnung empfinden und durchaus an seine Stelle das Übergewicht eines einzelnen setzen wollten. Je mehr dies Gewicht dann gedrückt hätte, desto lustvoller hätten sie es ertragen. Es gibt immer Menschen, die des Zwanges bedürfen, und ihn um so lieber dulden, je grausamer er schneidet. Können sie gar an einem Gipfel seiner Ausübung teilnehmen, so sind sie vollkommen glücklich. Man nennt sie Radfahrer, weil sie den Rücken krümmen und nach unten treten. Aber es sind viele unter ihnen, denen es weniger auf die eigenen Beine, als auf die des anderen ankommt, der über ihnen ist, und darauf, daß sie ihren Nacken unter fremden Füßen krümmen machen dürfen. Wer ihnen erlaubt, sich gerade zu halten und frei zum Himmel aufzusehen, der ist ihr Feind. Sie mißtrauen ihm und verschwören sich gegen ihn,

Wie der freiwillige Arbeitsdienst durchgeführt werden soll.

Der Reichsarbeitsminister hat auf Grund der Verordnung über den freiwilligen Arbeitsdienst vom 16. Juli d. J. am 2. Aug. die Ausführungsbestimmungen erlassen. Sie erstrecken sich auf den Gegenstand, auf den Umfang der Förderung, auf die Organisation und das Verfahren, auf die Anwendung der Vorschriften der Sozialversicherung und des Arbeitsschutzgesetzes, auf die Mitwirkung der Gemeinden, auf die Erleichterung der Siedlung für Arbeitsdienstwillige sowie auf die Uebergangs- und Schlußbestimmungen.

Ueber die einzelnen Abschnitte wird folgendes gesagt: Arbeiten des freiwilligen Arbeitsdienstes sollen unmittelbar nur einem beschränkten Personenkreis (Mitgliedern von Verbänden und Genossenschaften, Hilfsbedürftigen) zugute kommen. Für das Erfordernis der Gemeinnützigkeit soll der Umstand genügen, daß die Allgemeinheit ein wesentliches Interesse an der Ausführung hat. Soweit eine Arbeit nach ihrer Beschaffenheit, ihrem Umfang und ihren sonstigen Voraussetzungen als Nothstandsarbeit durchgeführt werden kann, darf sie nicht im Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes gefördert werden. Die allgemeinen Voraussetzungen, unter denen Arbeitsdienstwillige zum freiwilligen Arbeitsdienst zugelassen werden können, werden vom Reichskommissar noch angeordnet. Dem Arbeitsdienstwilligen wird zur Pflicht gemacht, daß er echten Gemeinschaftsgeist zu pflegen und die gemeinsamen Zwecke nach Kräften zu fördern hat. Vom Reichskommissar ist dafür zu sorgen, daß ernste Arbeit geleistet wird und der Arbeitserfolg in angemessenem Verhältnis zu den aufgewendeten Mitteln steht. Der Reichskommissar hat weiter dafür zu sorgen, daß dem Arbeitsdienstwilligen Gelegenheit geboten wird, sich geistig weiter zu bilden und sich sportlich betätigen zu können. Ein Arbeitsloser, der es ablehnt, sich an einer Arbeit im freiwilligen Arbeitsdienst zu beteiligen oder eine solche Arbeit aufgibt, ist nicht so anzusehen und zu bewerten, als ob der Arbeitslose die Erlangung einer neuen Arbeitsstelle verweigert oder durch sein Verhalten absichtlich den Verlust seiner Stellung herbeigeführt habe. Der § 93 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, wonach derjenige, der ohne berechtigten Grund seine Arbeitsstelle aufgibt oder durch ein Verhalten, das zur fristlosen Entlassung Berechtigung gab, verloren hat, für sechs Wochen keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung hat, darf nicht angewendet werden. Zur Förderung des Arbeitsdienstes wird für jede Person der Betrag von höchstens 2 M. täglich bis zur Dauer von 20 Wochen innerhalb eines Zeitraumes von zwei Jahren ausgeworfen. Bei Arbeiten, die als volkswirtschaftlich wertvoll anerkannt werden, kann die Förderungsdauer auf höchstens 40 Wochen verlängert werden. In besonderen Fällen kann der Reichskommissar auch über diese Zeit hinaus die Dauer festsetzen. Für die Zeit, die ein Arbeitsdienstwilliger im Arbeitsdienst verbringt, erhält er keine versicherungsmäßige Arbeitslosen- und Krisenunterstützung. Sie wird ihm aber auch nicht auf die Unterstügendauer angerechnet. In den Fällen, wo die Arbeit als volkswirtschaftlich wertvoll anerkannt ist, kann der Reichskommissar oder die von ihm bestimmte Stelle dem Arbeitsdienstwilligen aus Mitteln des freiwilligen Arbeitsdienstes eine Beihilfe zu den Reisekosten gewähren. Scheidet jemand aus dem Arbeitsdienst aus, so ist ihm auf Antrag eine Bescheinigung über Art und Dauer seiner Beschäftigung auszustellen.

Die Mittel, die das Reich und die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung für den Arbeitsdienst zur Verfügung stellen, verwaltert der Reichskommissar. Dem Reichsarbeitsminister hat er über Verwaltung und Verwendung Rechnung vorzulegen. Die Entscheidung über die Mittel, die zur Verfügung gestellt werden, liegt beim Präsidenten der Reichsanstalt. Sämtliche Bezirkskommissare sind bei der Durchführung des Arbeitsdienstes an die Weisungen des Reichskommissars gebunden. Wo Vorsitzende der Arbeitsämter mit der Durchführung betraut werden, sind sie ebenfalls Beauftragte des Reichskommissars und der Bezirkskommissare. Personen, die besondere Erfahrung im Arbeitsdienst haben, sollen zur beratenden Mitwirkung herangezogen werden. Zwischen dem Reichskommissar, den Bezirkskommissaren und den Dienststellen des Reiches, der Länder, der Gemeinden und anderer Körperschaften des öffentlichen Rechts soll ein enges Zusammenarbeiten stattfinden. Ob eine Arbeit den Voraussetzungen für eine Förderung entspricht, entscheidet der Bezirkskommissar. In der Anerkennung ist stets zu vermerken, ob die Arbeit als volkswirtschaftlich wertvoll gilt. Der Bezirkskommissar bestimmt auch Höhe und Dauer der Förderung. Wo sich die Arbeit über mehrere Bezirke erstreckt, bestimmt der Reichskommissar den zuständigen Bezirkskommissar. Ob aus den Mitteln ein Arbeitsdienstwilliger gefördert werden kann, entscheidet der Vorsitzende des Arbeitsamtes des Dienstortes, in dem die Arbeit ausgeführt werden soll. Erstreckt sich die Arbeit über mehrere Arbeitsamtsbezirke, so bestimmt der Vorsitzende des Landesarbeitsamtes, welches Arbeitsamt die Zuständigkeit besitzt. Statt an den Arbeitsdienstwilligen kann auch der Betrag für die Arbeit an den Träger der Arbeit gezahlt werden, wenn dieser für ordnungsmäßige Verwaltung und Verwendung zugunsten des Arbeitsdienstwilligen ausreichende Gewähr bietet. Der Träger der Arbeit kann die Beträge wieder ganz oder teilweise in Sachleistungen an den Arbeitsdienstwilligen weitergeben.

Solange der Arbeitsdienstwillige im Arbeitsdienst tätig ist, ist er gegen Krankheit versichert. Es gelten die Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung genau wie bei den Pflichtversicherten. An Leistungen wird gewährt: Krankenpflege für die Person des Arbeitsdienstwilligen gemäß § 182 RVO., gegebenenfalls auch Krankenhauspflge gemäß § 184 RVO., Familienkrankenpflege wird aber nur dann gewährt, wenn der Arbeitsdienstwillige unmittelbar vor seinem Eintritt in den Arbeitsdienst gegen Krankheit pflichtversichert war. Arzneikostenbeitrag und Krankenschreibgebühr braucht er nicht zu zahlen. Zuständig für die Versicherung ist die Allgemeine Ortskrankenkasse des Dienstortes; wenn keine Ortskrankenkasse vorhanden ist, ist die Landkrankenkasse zuständig. Als Arbeitgeber der Kasse gegenüber gilt der Träger der Arbeit. Die Beiträge werden aus den Mitteln des freiwilligen Arbeitsdienstes bestritten und als Grundlohn gilt der Betrag von 1,50 M. Eine Versicherung gegen den Ausscheiden aus dem Arbeitsdienst gemäß § 313 RVO. kann ebenfalls nicht eintreten. Scheidet ein Arbeitsdienstwilliger, der unmittelbar vor seinem Eintritt in den freiwilligen Arbeitsdienst Arbeitslosen- oder Krisenunterstützung bezogen, seinen Anspruch aber noch nicht erloschen hat, aus dem freiwilligen Arbeitsdienst aus, so steht er seine Mitgliedschaft bei der Krankenkasse fort, der er vor Eintritt in den Arbeitsdienst angehörte. Er erhält von ihr auch für eine bestehende Krankheit die Leistungen nach den Vorschriften der Arbeitslosenversicherung. Dabei gilt die Krankenpflege, die während der Zugehörigkeit zum freiwilligen Arbeitsdienst gewährt worden ist, als volle Krankenpflege.

Hinsichtlich der Unfallgefahren gelten die Bestimmungen der Unfallversicherung. Der Beschäftigung im Arbeitsdienst werden gleichzeitig die Teilnahme an Veranstaltungen, die der geistigen Fortbildung und der sportlichen Betätigung dienen und vom

Träger des Dienstes angeordnet oder beauftragt sind. Auch der § 545 a RVO., der die Wegeunfälle erfasst, findet seine Anwendung. Zur Berechnung einer Unfallversicherungsleistung wird ein Jahresarbeitsverdienst von 900 M. zugrunde gelegt. Träger der Unfallversicherung sind das Reich, die Länder und die Versicherungsverbände sowie die Gemeinden und Gemeindeverbände, die als Versicherungsträger erklärt sind. Arbeitsdienstwillige, die bis zum Eintritt in den Arbeitsdienst in der Invaliden-, Angestellten- oder Knappschaftspensionsversicherung versichert waren, erhalten ihre Anwartschaften in diesen Versicherungen durch Zahlung des Anerkennungsgebührens aufrecht, die aus den Mitteln des Arbeitsdienstes bezahlt werden. Dasselbe gilt für Wohnsitzrentenversicherungen, die bis zur Aufnahme des freiwilligen Arbeitsdienstes in der öffentlichen Fürsorge unterstützt worden sind, allerdings muß der Fürsorgeverband dieses beantragen. Die Bestimmungen über Arbeitszeit, Sonntagsruhe, Gefahrenschutz, Arbeitsbeschränkungen für Frauen und Jugendliche gelten auch für den freiwilligen Arbeitsdienst. Bodenverbesserungsarbeiten, Arbeiten zur Herrichtung von Siedlungs- und Kleingärtnerland gelten als landwirtschaftliche Arbeiten.

Gemeinden, in deren Bezirk eine anerkannte Arbeit ausgeführt wird, sind auf Verlangen des Reichskommissars oder der Bezirkskommissare verpflichtet, Unterkunft und Verpflegung für die bei der Arbeit beschäftigten Arbeitsdienstwilligen gegen angemessene Entschädigung zur Verfügung zu stellen. Sie können verlangen, daß der Träger der Arbeit für die Entschädigung im voraus eine Sicherheit leistet. Bei Nichtzustandekommen einer Vereinbarung über die Entschädigung oder Sicherheit entscheidet die Gemeindeaufsichtsbehörde endgültig.

Bei den Arbeiten, die als volkswirtschaftlich wertvoll anerkannt sind und zwölf Wochen dauern, können dem Arbeitsdienstwilligen vom ersten Tage der Beschäftigung ab für jeden Wochentag der Beschäftigung 1,50 M. gutgeschrieben werden. Die Gutschrift wird höchstens für 40 Wochen innerhalb eines

Zeitraumes von zwei Jahren vorgenommen. Der Betrag darf nur zum Erwerb einer Siedlerstelle, bei Errichtung eines Eigenheimes oder als Beitrag zu den Kosten einer Siedlungsschuldverwendung finden. Diese Gutschrift erfolgt jedoch nur auf Antrag des Arbeitsdienstwilligen, den er spätestens einen Monat nach Abschluß der Beschäftigung stellen muß. Der gutzuschreibende Betrag wird auf Ersuchen des Bezirkskommissars in das Reichsschuldbuch eingetragen. Bei der ersten Eintragung muß ein Betrag von 108 M. vorhanden sein. Die Gutschrift wird mit 4 Prozent jährlich verzinst. Die Verzinsung beginnt mit dem Ersten des Kalendermonats, der auf den Zeitpunkt folgt, in dem die Arbeit beendet oder die Arbeit aufgegeben wurde. Nur für volle Kalendermonate werden Zinsen gezahlt und nur soweit das Schuldkapital durch 10 teilbar ist. Zur Auszahlung kommen die Zinsen nicht, sie werden dem Kapital gutgeschrieben und mit ihm abgetreten. Zinseszinsen werden nicht geleistet. Der Arbeitsdienstwillige kann über den gutgeschriebenen Betrag nur insoweit verfügen, daß er ihn in der vorgeschriebenen Form an eine gemeinnützige Einrichtung abtritt, die sich mit Siedlungsangelegenheiten befaßt. Ueber die Abtretung kommen eine Anzahl Vorschriften in Frage, die den Vorschriften des Reichsschuldbuchgesetzes entnommen sind. Die Reichsschuldbuchforderung wird von Amts wegen gelöscht, wenn nicht binnen zehn Jahren die Eintragung des erstmalig gutgeschriebenen Betrages die Abtretung bei der Reichsschuldenverwaltung eingegangen ist. Eine Pändung oder Belastung der Reichsschuldbuchforderung zugunsten Dritter ist ausgeschlossen.

Diese Ausführungsvorschriften sind mit Wirkung ab 1. Aug. 1932 in Kraft getreten. Für das Jahr 1932 ist ein Betrag zur Verfügung gestellt, der für diese Zwecke im Haushaltetat der Reichsanstalt ausgeworfen ist. Dadurch sind fast alle Vorbereitungen für dieses so umstrittene Problem getroffen. Ob die Einrichtung den erwarteten Erfolg bringt, bleibt abzuwarten. Die Gewerkschaften werden auf der Hut sein müssen, daß nicht mer weiß wieviel Arbeiter allmählich der Förderung unterstellt werden, denn das Bestreben vieler Unternehmer geht darauf hinaus.

Die Nazis unterm Brennglas.

Eschweiler Bergwerksverein subventioniert die Naziartei.

Der Eschweiler Bergwerksverein hat in Alsdorf ein der Gewerbebank gehöriges Haus gemietet und der Naziartei zur Einrichtung eines „Braunen Hauses“ zur Verfügung gestellt.

Daß die Zechenherren seit langem die Hitlerische „Arbeiter“-artei finanzieren, ist nichts Neues. Die Eschweiler tun hier nichts anderes, als was die Thyssen, Rirdorf schon seit langem getan haben. Bemerkenswert ist nur der Umstand, daß die Naziartei aus den Händen eines Trusts, der wie wenige „international verfilzt“ ist, ein „Braunes Haus“ entgegennimmt. Am Eschweiler Bergwerksverein sind nicht nur deutsche, belgische und holländische Zechenunternehmungen beteiligt, sondern vornehmlich auch französische. Die Aktienmehrheit ruht sogar in Händen des bekannten Rüstungsindustriellen Schneider-Creuzot. Aber Geld stinkt nicht!

Sage mir, von wem du Geld und Unterstützungen nimmst, und ich will dir sagen, wer du bist!

Nazis und Tarifwesen.

Die „Nationalsozialistische Parteikorrespondenz“ verbreitet eine Erklärung von Dr. Otto Wagener, dem Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung der Reichsleitung der Naziartei, worin dieser seine tariffeindlichen Äußerungen abzuschwächen versucht. Wagener führt darin aus, daß er das Tarifrecht noch aufrechterhalten will, solange das „liberalistische System“ nicht gebrochen sei. Er gibt aber auch zu, daß es im Dritten Reich, dem Schlaraffenland der Nazibarone, keine Tarife mehr geben wird. Wagener schreibt wörtlich:

„Wenn ein organischer Wirtschaftsaufbau durchgeführt ist, dann wird der Augenblick gekommen sein, in dem man die heute notwendige Form des Tarifwesens aufhebt und über die vom Staat festzusetzenden Mindestlöhne einen möglichst weiten Spielraum für die freie gegenseitige Vereinbarung offen lassen kann.“

Es bleibt also dabei: Im Dritten Reich gibt es für die Arbeiter keine Tariflöhne, sondern nur ein „Existenzminimum“!

Naziökonomie in der Praxis.

Die „Schwäbische Tagwacht“ (Stuttgart) bringt in Nr. 121 vom 27. Mai d. J. einen ausführlichen Bericht über Zustände in den Efta-Werken in Trossingen. Besitzer dieser Werke ist der Nazi-Landtagsabgeordnete Fabrikant Kiehn. Wir entnehmen aus diesem Bericht folgende Tatsachen:

1. Zu einer Zeit, da der Tarifstundenlohn für Arbeiterinnen in Trossingen 44,5 Pf. betrug, hat Kiehn seinen Arbeiterinnen nur 35 Pf. Stundenlohn gezahlt. Durch diese untertarifliche Bezahlung hat die Firma allein einen Profit von 11 856 M. im Jahre gemacht.

2. Die Efta-Werke wurden deswegen in der Presse angegriffen und ließen daraufhin durch einen von „Marxisten“ gereinigten Betriebsausschuß erklären: „Tatsache ist, daß im Efta-Werk der nationale Sozialismus zur Zufriedenheit der Arbeitnehmer durchgeführt ist.“

3. Dieser „nationale Sozialismus“ besteht darin, daß die Arbeiter „Gewinnbeteiligung“ bekommen. Die Firma gibt an Gewinnbeteiligung für ihre gesamte Belegschaft im Jahre 1800 Mark aus. Das macht pro Kopf 22,50 M. Der „nationale Sozialismus“ besteht also in einem Wochenlohn von netto 12 bis 15 M. pro 48stündige Wochenarbeitszeit und 22,50 M. jährlicher Gewinnbeteiligung.

4. Bei voller Beschäftigung erreicht also ein Arbeiter einen Jahresverdienst von rund 800 M. Genau soviel zahlt der Inhaber der Firma, der Nazi-Landtagsabgeordnete Kiehn, allein an Pacht für seine Jagd!

5. Die Gewinnbeteiligung errechnet sich dadurch, daß als gesamter Jahresgewinn 5000 M. zur Verfügung stehen. Davon beansprucht der Inhaber selbst nur 1750 M. Trotzdem war es ihm möglich, 800 M. an Jagdpacht zu zahlen, sich einen neuen Park mit Schwimmbassin anzulegen, mehrere Grundstücke zu erwerben und für Naziarteizwecke erhebliche Summen aufzuwenden.

Der Gewinnbeteiligungsschwindel der Naziartei ist durch dieses Beispiel in geradezu klassischer Weise entlarvt!

Was die Unternehmer vom Dritten Reich erhoffen!

„Der Deutsche“, das Organ der christlichen Gewerkschaften, gibt in Nr. 172 vom 24. Juli d. J. eine Zuschrift wieder,

die ihm von einem Mitglied des Bundes der Hotel-, Restaurant- und Caféhausangestellten zugegangen ist. Gegenüber diesem Hotelangestellten, der auch als Betriebsratsmitglied tätig ist, äußerte sich vor kurzem der Arbeitgeber mit folgenden Worten:

„Mit Ihrer Betriebsratsherrlichkeit wird es bald vorüber sein. Dann gibt es auch keine Tarife mehr, und die Löhne und Arbeitsverhältnisse werden dann genau so geregelt, wie wir Arbeitgeber es wollen. Auch Ihre Gewerkschaften werden dann nichts mehr zu bestimmen haben, sondern wir machen, was wir für notwendig halten. Die Zeiten werden bald anders und das ganze alte System wird beseitigt.“

Diese Zeiten verraten deutlich, warum die Unternehmer aller Grade und Branchen die Nazis moralisch und finanziell unterstützen. Sie hoffen, daß ihnen diese Partei wieder zu ihrem „Herr-im-Hause-Standpunkt“ verhilft und ihnen eine Verschärfung der Ausbeutung ermöglicht, die den Arbeiter nicht nur seiner letzten Rechte beraubt, sondern auch wirtschaftlich der Verelendung preisgibt. Darum muß jeder Arbeiter, der sich und die Seinen vor dieser drohenden Verelendung schützen will, mit ganzer Kraft den Kampf gegen die gelbe Verräterpest der Naziartei aufnehmen.

Die braune Streikbrecherpest.

Die „Bremer Volkszeitung“ berichtet in Nr. 167 vom 19. Juli d. J., daß die NSD. (National-Sozialistische Betriebszellen-Organisation) in Lauenburg (Elbe) beantragt hat, die in den aus rein wirtschaftlichen Gründen bestrittenen Fajfabriken Streikbrecherarbeit leistenden Nazis aus der Partei auszuschießen. Auf diesen Antrag folgte der Untersuchungs- und Schlichtungsausschuß der Ortsgruppe Lauenburg folgende Entscheidung: „Dem Antrag auf Ausschluß der Pgs. wegen ihres Arbeitens in den Fajfabriken kann nicht stattgegeben werden.“

Damit ist wieder einmal bewiesen, daß Streikbrecherarbeit mit der Mitgliedschaft bei den Nazis vereinbar ist. Alle entgegenstehenden Behauptungen der NSD.-Leute sind lächerlicher Schwindel!

Wo sitzen die Bonzen?

Die Naziartei hat neuerdings das bekannte Münchener Hotel „Reichsadler“ mit seinen 120 Zimmern gemietet, weil das erst vor kurzem gekaufte und mehrmals erweiterte „Braune Haus“ nicht ausreicht, um die Bürokratie der Naziartei unterzubringen. Das Heer der Nazibonzen wächst eben derart, daß selbst Hitler kaum mehr weiß, wie er ihm Platz schaffen soll. Und all diese Nazibonzen und -böngchen warten nur darauf, daß ihre Partei an die Macht kommt, damit das Parteibuchbeamten-tum abgeschafft wird, besser: damit sie sich an die Futtertrippe des Staates drängen können. Die Arbeiter werden ihnen aber einen Strich durch die Rechnung machen!

Die „unschuldigen“ Nazis.

„Die Welt am Montag“ hat alle Verbrechen zusammengezählt, die auf das Konto der sogenannten nationalsozialistischen „Arbeiter“-artei in der Zeit vom 31. Juli bis 13. August fallen. Dabei erhebt diese grauenhafte Statistik keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

In diesen 14 Tagen wurden nach dieser Statistik in Deutschland 53 Bombenanschläge, 33 Feuerüberfälle auf Personen und Privatwohnungen und 6 Feuerüberfälle auf Arbeiterlokale verübt. 8 Tote, 21 Schwer- und Leichtverletzte blieben als Opfer der Terrorakte auf der Strecke.

Es wurden verübt Bombenanschläge auf Gebäude: Gewerkschaftshäuser 12, Konsumvereine 3, Zeitungsvorlage 7, Wacenhäuser 5, Wohnhäuser 17, öffentliche Gebäude 6, Geschäftshäuser 3, zusammen 53. Feuerüberfälle auf Wohnungen: Nachts im Bett überfallen und beschossen 30, auf der Straße beschossen 3, Feuerüberfälle auf Arbeiterlokale 6; Feuerüberfälle insgesamt 39. Steine und Pistolschüsse gegen Schaufenster: Kaufhäuser, Konsumvereine, Volksbuchhandlungen 15, Reichsbankfiliale 1; zusammen 16.

Es handelt sich bei den erfaßten Fällen um Verbrechen, für die auch amtlich nachweisbar ausschließlich SA- oder SA-Leute in Frage kommen!

Der Lothringer Konzern auf dem Rückmarsch zum Kohlenunternehmen.

In der Generalversammlung der Bergbau-WG. Lothringen gab die Verwaltung einen umfassenden Ueberblick über die Entwicklung des Konzerns, um ihre Geschäftspolitik zu begründen und zu rechtfertigen. Nachdem bekanntlich die in den früheren Jahren getriebene geradezu unverständliche Expansionspolitik der Kreise um „Lothringen“ das Unternehmen an den Rand des Ruins gebracht hat, kann man die Verteidigungsrede der Verwaltung lediglich als ein reumütiges Schuldbekenntnis der begangenen Fehler bezeichnen. Ganz offen und eindeutig wurde erklärt, daß die schwierige Lage des Konzerns im wesentlichen auf die ungünstige Entwicklung der in den früheren Jahren erworbenen Beteiligungen und auf die 1925 bis 1927 erfolgten Neubauten zurückzuführen sei. Das damals allgemein herrschende Bestreben, durch eine Verbindung von Kohle und Eisen das Konjunkturrisiko möglichst zu verteilen und eine rationelle Ausnutzung aller Betriebsmöglichkeiten zu erreichen, habe zur Gründung der Eisen- und Hüttenwerke AG. sowie zur Angliederung der Hanomag und anderer Betriebe geführt. Derselbe Gedanke sei auch für die 1925 beschlossene Errichtung eines Stahl- und Walzwerkes und für den Ausbau der Schachtanlage 4 maßgebend gewesen. Die Gutachten und Rentabilitätsberechnungen hätten damals eine ausreichende Verzinsung der erforderlichen Kapitalien als möglich erscheinen lassen. Die Voranschläge seien allerdings erheblich überschritten worden, und dann hätte die Wirtschaftskrise das Übrige getan, um alle Hoffnungen auf eine Rentabilität des Konzerns zu begraben.

Diese im großen Rahmen wiedergegebenen Ausführungen der Lothringer Verwaltung bestätigen voll und ganz unsere immer wieder betonte Ueberzeugung, daß die schwierige Lage des Konzerns einzig und allein auf die geradezu sinnlose Expansionspolitik der Konzernleitung zurückzuführen ist. Das nach den Worten der Verwaltung „damals herrschende Streben nach Verbindung von Kohle und Eisen“ ist der Grundstein zu der verhängnisvollen Konzern- und Trustpolitik gewesen, die der deutschen Wirtschaft nichts anderes als Millionenverluste und unübersehbares Elend, hervorgerufen durch Arbeitslosigkeit und Lohnraub, eingebracht hat.

Das Sorgenkind des Lothringer Konzerns ist zweifellos die Eisen- und Hütten-WG. Diese Gesellschaft hat seit ihrem Bestehen mit ganz empfindlichen Verlusten gearbeitet, womit in vollem Umfange die Lothringer Bergbau-WG. belastet wurde. Schon bei der teilweisen Unterbringung der Eisen- und Hüttenwerke-Aktien im Jahre 1926 mußte die Lothringer Verwaltung diese Aktien mit einer siebenprozentigen Dividenden-garantie und einer Rückkaufverpflichtung von 115 Prozent ausstatten, um überhaupt an den Wertpapierbörsen Interessenten zu einem Kaufpreise von etwa 95 Prozent für diese Aktien zu finden. Schon aus dieser Tatsache geht zur Genüge hervor, wie man damals bereits kurz nach der Gründung den inneren Wert der Eisen- und Hütten-WG. beurteilte. Heute ist diese Gesellschaft nicht mehr in der Lage, auch nur die Zinsen für ihre Schulden aufzubringen, geschweige denn diese Schulden abzutragen. Da mit einer Ausnutzung der Betriebsanlagen in absehbarer Zeit nicht gerechnet werden kann, liegt es auf der Hand, daß der Lothringer Konzern das einzige Bestreben

hat, diesen Ballast so schnell wie möglich abzustoßen. Bei allem Optimismus dürften sich aber in absehbarer Zeit für dieses Objekt keine Käufer aufreiben lassen, und es wird schließlich der Lothringer Verwaltung nichts anderes übrig bleiben, als die Eisen- und Hütten-WG. mit in das große Sanierungsprogramm des Konzerns hineinzubeziehen. Die Bergbau-WG. Lothringen hat in der Bilanz 1931 vorsorglich schon ihren gesamten Aktienbesitz an dieser Gesellschaft abgeschrieben, mit den übrigen Aktiengläubigern wird man sich wohl oder übel wegen der eingegangenen Optionsverpflichtung, die 1935 fällig wird, noch auseinandersetzen müssen.

Ein weiteres Schmerzenskind des Lothringer Konzerns ist die Gewerkschaft Graf Schwerin. Dieses Unternehmen schließt das Geschäftsjahr 1931 wieder mit einem Verlust von 2 022 326 M. ab. In diesem Betrage ist allerdings eine Sonderabrechnung in Höhe von 1 Mill. M. enthalten, um der beim Bau der Kokerei eingetretenen Verteuerung der Belastungsspitze abzubrechen. Lothringen hat an die Gewerkschaft Graf Schwerin eine Forderung von rund 4,33 Mill. M. aus diesem Kokereineubau. Mit den Schweizer Untertagegläubigern der Gewerkschaft Graf Schwerin hat sich Lothringen bekanntlich verglichen, wodurch eine Zubeziehung von 2 000 M. pro Aktie erforderlich wurde.

Auch die Herbeder Steinkohlenbergwerke weisen für das Geschäftsjahr 1931 einen Verlust von 592 072 M. aus. Darin ist allerdings eine Belastung von 586 000 M. aus einem Interessengemeinschaftsvertrage mit den Eisen- und Hüttenwerken enthalten, über den bisher nichts näheres bekannt war. Zweifellos hat man es hierbei mit einer Stützungsaktion für die Eisen- und Hüttenwerke zu tun.

Der Lothringer Konzern arbeitet heute, gestützt auf den kürzlich wieder verlängerten Ueberbrückungskredit der Banken, weiter mit erheblichen Verlusten, trotzdem ihm die Zahlung der Zinsen der hohen Bankschulden, die monatlich etwa 250 000 M. ausmachen, gestundet bzw. sogar erlassen ist. In Konzernkreisen verfolgt man heute das Ziel, sich

von allen werksfremden Produktionsbetrieben wieder freizumachen und zur reinen Kohlenbasis zurückzuführen.

Diese Bestrebungen, die offensichtlich eine gewisse „Konzernflucht“ darstellen, sind eine charakteristische Zeitercheinung im Entwicklungsgange der kapitalistischen Monopolwirtschaft. Daß dieser „Weg zurück“, wenn überhaupt möglich, aber nur mit ungeheuren Verlusten beschritten werden kann, dafür ist das Beispiel Lothringen ein klarer Beweis. Denn aus der Veräußerung der Beteiligungen ist keine nennenswerte Entlastung des Konzerns mehr zu erwarten, nachdem die König-Lübzig-Kuxe und die Chemischen Werke Lothringen längst abgestoßen worden sind und die Hanomag-Beteiligung nach Durchführung des Vergleichsverfahrens kaum noch einen Wert hat. Ferner ist die Hoheisenquote der Mathildenhütte von 33 000 T. an die Firma Krupp verkauft und die Zementquote an die Norddeutsche Hütte längst veräußert worden. Was heute also noch vorhanden ist, ist nichts anderes als ein ausgegerüstetes Konzerngerippe, das eines von den vielen Opfern der privatkapitalistischen Wirtschaftspolitik geworden ist.

In vorderster Front!

Wir freien Gewerkschafter stehen immer in vorderster Front, wenn es zu kämpfen gilt für den Sozialismus und die Rechte des Proletariats. Das ist auch der Hauptgrund, warum unsere Gegner immer wieder versuchen, Unzufriedenheit und Zersplitterung in unsere Reihen zu tragen. Kein Mittel ist dabei den kapitalistischen Scharfmachern und ihren politischen Helfershelfern aus dem Lager der Reaktion zu verwerflich, als daß es nicht zur Vernichtung unserer Organisationen angewandt würde. Mit Lügen und Verleumdungen arbeitet man, um den Einfluß der verhassten freien Gewerkschaften auf das soziale und politische Geschehen zu brechen, zu beseitigen. Demagogische Behauptungen und schmutzige Angriffe gegen unsere Führer sind die Köder, die man uns vorwirft, damit wir unseren Verbänden den Rücken kehren und so diese Hochburgen sozialer Macht und Größe von selbst zusammenbrechen.

Daß sich die Herrschenden diesen Feldzug ein gutes Stück Geld kosten lassen, wissen wir aus unzähligen Beispielen der jüngsten Vergangenheit. Wir wissen aber auch als Klassenbewußte und politisch geschulte Arbeiter, daß die kapitalistischen Unternehmer keinen Pfennig zum Fenster hinauszuwerfen pflegen. Sie erwarten also, daß sie die Summen, die sie in irgendeiner Form zum Zwecke der Vernichtung unserer Gewerkschaften ausgeben, eines Tages mit Zins und Zinseszinsen wieder hereinbekommen. Und, tatsächlich, sie würden sie durch gesteigerte Ausbeutung unserer Arbeitskraft wieder einbringen, doppelt und dreifach, wenn — ja, wenn wir organisierten Arbeitnehmern nicht ihre dunklen Pläne durchschauen würden! Wir aber sind auf der Hut und lassen uns weder durch grundlose Verdächtigungen und leere Phrasen, noch durch falsche und scheinheilige Arbeiterfreundlichkeit dazu verführen, unserer Gewerkschaft die Treue zu brechen und ihr die Gefolgschaft zu versagen. Im Gegenteil! Alle derartigen frechen Versuche, mit niedrigen Mitteln uns unserer schärfsten Waffe zur Verteidigung unserer Interessen zu berauben, werden nur unsere Widerstandskraft stärken, werden uns nur noch mehr anspornen, für die Erhaltung unserer Organisationen zu kämpfen.

Man kann uns heute nicht mehr so leicht ein F für ein U vormachen. Und wenn man uns auch täglich in tausend neuen Variationen zu überzeugen versucht, daß an all dem Elend der schaffenden Klasse in erster Linie die Gewerkschaften schuld sind, weil sie das „freie Spiel der Kräfte“ innerhalb der Wirtschaft hindern, wir wissen zu genau, worauf das alles hinaus will und was für uns dabei auf dem Spiele steht. Wir wissen auch, wo diejenigen zu suchen sind, die für all den Jammer und die Not der Gegenwart verantwortlich zeichnen: es sind die Kreise, die heute alle Schuld auf die Arbeiterkraft, auf die „hohen“ Löhne und auf die sozialen Einrichtungen abwälzen. Um ihre eigene Mißwirtschaft und Unfähigkeit zu verdecken, zeigen sie heute mit Fingern auf unsere Organisationen und brüllen fanatisch ihren alten Haßgefang von der Schuld der Gewerkschaften und des „Marxismus“ am Niedergang der Wirtschaft.

Die kapitalistischen Unternehmer und ihre Hakenkreuztrabanten wollen so in schamloser Weise die öffentliche Meinung gegen die organisierte und sozialistisch gesinnte Arbeitnehmerschaft aufputschen. Es ist deshalb unsere Pflicht als freie Gewerkschafter, für Aufklärung in Kameradenkreisen zu sorgen und die wahren Ziele unserer Gegner rücksichtslos darzulegen, die

darauf hinausgehen, die Arbeiterschaft ihrer Organisationen zu berauben, damit der schaffende Mensch im „freien Spiel der Kräfte“ wieder wie einst nach allen Regeln der Kunst geknechtet und ausgebeutet werden kann.

In diesem Sinne in unermüdlicher Arbeit die Lauen, Gleichgültigen, Nicht- und Falschorganisierten für den Kampf des Proletariats gegen seine Widersacher zu gewinnen, heißt mitwirken am Aufstieg der schaffenden Klasse aus Knechtschaft und Unterdrückung!

Aussichten der Wirtschaftskonjunktur in Deutschland.

Hier und da ist im Gesamtbild der Weltwirtschaft ein gewisser Lichtblick bezüglich der Konjunkturerentwicklung in den letzten Wochen zu beobachten. An den internationalen Geldmärkten besteht eine kaum gefannte Ueberfülle. Einige Warenmärkte haben den Abschwung unterbrochen und stellenweise sogar leichten Auftriebsschüben Raum gegeben. Infolge aller dieser Umstände mehren sich die Stimmen, die den Eintritt in die erhoffte Periode eines neuen Anstiegs der Weltwirtschaft als begonnen oder doch als unmittelbar bevorstehend bezeichnen. Ausgehend von dieser Sachlage, untersucht das Konjunkturinstitut im Wochenbericht Nr. 18 die Frage, inwieweit für Deutschland die Hoffnungen auf einen Wiederaufstieg berechtigt sind.

Die Wirtschaftstätigkeit in Deutschland hat gegenüber dem Tiefpunkt im Winter nur eine saisonmäßige Besserung erfahren. Eine konjunkturelle Besserung liegt nicht vor. So ist auch die Lage des Arbeitsmarktes zu erklären. Die Aussichten der Konjunktur in der nächsten Zukunft werden vom Institut sehr pessimistisch angesehen. Der industrielle Absatz geht nach vier Richtungen vor sich: auf dem Wege des Exports, des Verbrauchs, der Anlageinvestition und der Vorratsinvestition. Wie liegen die Dinge hier?

Da das Welthandelsvolumen noch immer sinkt, müssen auch die weiteren Ausfuhrsaussichten Deutschlands als schlecht bezeichnet werden. Zu den allgemeinen Hemmnissen kommen noch die politischen Maßnahmen der vielen Länder zur Erschwerung des Imports. Bezüglich der zweiten Frage ist festzustellen, daß der Absatz an Verbrauchsgütern weiter abnimmt. Der Rückgang der Einzelhandelspreise hat bisher die Schrumpfung der Verbrauchereinkommen abgezwängt. Da der Preisrückgang zum Stillstand gekommen ist, das Masseneinkommen aber noch weiter sinkt, ist eine Konjunkturbesserung auf dem Inlandsmarkt nicht zu erhoffen. Der dritte Absatzweg, Vermehrung der Investitionsgüter, ist ebenfalls verbaut. Die Anlagefähigkeit ist auf einen Tiefstand zusammengekrumpft. Noch nicht einmal der laufende Verschleiß im Produktionsapparat wird ersetzt. Hier liegt zweifellos eine starke Absatzreserve. Doch vorerst wirken hier die Unergiebigkeit der Kapitalmärkte und die Unrentabilität fast aller Betriebszweige stark hemmend.

Was die Vorratsinvestitionen anbelangt, so sind hier die Aussichten günstiger. Die Lagerbestände sind in erheblichem Maße abgebaut. Würden alle Bedingungen erfüllt sein, so könnte die Wiederauffüllung der Lagerbestände zu einer Besserung der Konjunktur führen, namentlich auf dem Gebiete der Verbrauchsgüterindustrie. Jedoch sind auch hier der Hemmnisse

Kameraden, macht's nach!

In sechs Wochen 76 Neuaufnahmen!

Im Bezirk Halle (im oberen Beifetal) gelang es vier Funktionären, in sechs Wochen 76 neue Mitglieder dem Verbände zuzuführen! Trotzdem im Halle-Merseburger Kreise ein Wahlkampf mit nie gekannter Hefigkeit geführt wurde, war es möglich, die beste, für die Zukunft die wertvollste Arbeit für die Arbeiterbewegung mit diesem Resultat zu leisten.

So müssen alle, gerade jetzt, an die Organisierung der Arbeiterschaft herangehen!

Kameraden! Der Arbeitgeberverband Nordwest wittert Morgenluft und verlangt trotz der heutigen Hungerlöhne eine weitere Lohnsenkung bis auf den Stand der jetzigen Arbeitslosenunterstützung! Was das heißt, muß jeder Funktionär des Verbandes wissen und deshalb die Unorganisierten aufklären, damit diese noch in letzter Stunde in den Verband eintreten und mit-helfen, die systematische Verelendung und den vollendeten Faschismus zu verhindern.

Kameraden, es ist höchste Zeit! Jeder Funktionär muß es als seine heiligste Aufgabe ansehen, es den Kameraden vom Beifetal nachzumachen!

zu viele, daß es vorläufig nicht zu einer Konjunkturbelebung kommt. Die günstigere Lage, die die Weltkonjunktur bietet, ist in Deutschland mithin nicht wahrzunehmen. Behemmt wird die Entwicklung hierzulande vor allem durch die innerpolitischen Auseinandersetzungen. Jede wirtschaftliche Initiative muß ersticken in einem Lande, wo der Bürgerkrieg systematisch organisiert wird!

Hohe Löhne und Unterstützungssätze als Stützen der Wirtschaft.

Der Korrespondent des „Berliner Tageblatts“ hat das englische Industriezentrum Manchester besucht. Er schildert, daß die Arbeitslosigkeit sehr groß sei. Die starke Baumwollindustrie setze jetzt von der Produktion 70 Prozent in England ab und 30 Prozent im Ausland, während das Verhältnis früher umgekehrt war. Von der starken Krise sei in den Straßen von Manchester nichts zu merken. „Die Bevölkerung ist gut gekleidet, viel besser als vor dem Kriege. Auch die Arbeitslosen, vergleichsweise. Die Mieten bleiben auf gleichem Niveau. Die Bevölkerung nimmt stetig zu. Das ist sehr paradox. Auch viele sehr kapitalistische Theoretiker und Praktiker hängen nunmehr der Erklärung an, daß in den letzten zehn Jahren ununterbrochener Arbeitslosenunterstützung die entsprechende „De-konzentration des Reichtums“ sehr nützlich für das Ganze gewesen sei. Sie sei, neben der relativen Hochhaltung der Löhne, die die Konsumkraft rette, der Grund dafür, daß die englische Wirtschaft in so erstaunlicher Weise bisher das Gleichgewicht gehalten habe. Nach den Statistiken über die Arbeitsleistung Manchester's in diesem Augenblick müßte es eine Stadt sichtbareren Glanzes sein. Es prosperiert aber, fürs Auge jedenfalls. Es baut jetzt gerade Arbeiterwohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern mit Hilfe eines städtischen und staatlichen Prämien-systems, um 120 000 Menschen aus dem bereits sehr verbesserten „Slums“ ins Freie zu bringen. Der Staat, die öffentliche Hand, ist überall. Der englische Steuerzahler gibt ihm 25 Prozent seines Einkommens. Das wird rasend schnell umgeschlagen durch den Konsum der Arbeitslosen und aller anderen Begünstigten. Der Prozeß ist unheimlich.“

Hier wird bestätigt, daß die Engländer den Massenkonsum zu schätzen wissen. Hohe Löhne und Unterstützungssätze werden auch in Krisenzeiten aufrechterhalten. Das kommt der Wirtschaft zugute. Stabile Massenkaufkraft ist der Rückgrat derselben. Nur verbohrte und reaktionäre Kleinmeister wie in Deutschland nehmen das Gegenteil an. Sie ahnen aber nicht, wie sie durch ihre Politik die gesamte Wirtschaft schädigen.

Arbeitsdienstplicht ist Sklaverei.

Es ist selbstverständlich, daß die ausländische Arbeiterklasse die Entwicklung in Deutschland sehr genau verfolgt. Der Siegeszug der Reaktion wird dort entsprechend gemürdigt. Die „Schweizerische Metallarbeiter-Zeitung“ Nr. 30 behandelt die Bestrebungen zur Herbeiführung der Autarkie und der Arbeitsdienstplicht. Es wird dort sehr deutlich ausgesprochen, daß ein durch die Reaktion in Deutschland herbeigeführtes soziales Dumping im Auslande auf energisches Widerstand stoßen würde. Die ausländischen Staaten würden „entweder durch ihre eigene Gesetzgebung Maßnahmen ergreifen müssen, um sich zu schützen, oder sie werden sie, gewisser Artikel des Völkervertrages und der Charte du Travail erinnern müssen, in denen Zwangsarbeit und Sklaverei gleich behandelt und verboten werden; der Völkerverbund wird intervenieren müssen. So oder so — für seinen Export wird Deutschland auch mit dieser neuen Form der Lohnsenkung nichts erreichen.“

Des ferneren wird ausgeführt, daß Deutschland durch die Autarkie absichtlich jenen Zustand wieder herbeiführen wolle, der während der letzten Kriegsjahre geherrscht hat. „Als Hungerblockade wurde jener Zustand wütend verurteilt, als Autarkie wird er bejubelt. Man findet, Selbstmord tue weniger weh und sei gesünder als Mord. Ueber diese Dinge weiter zu diskutieren, ist völlig unnütz; der Faschismus arbeitet nicht mit dem Verstand, sondern mit aufgepeitschtem Haß. Aber die bescheidene Frage bleibt erlaubt, auf welches Niveau das deutsche Volk heruntergedrückt werden soll, wenn die Goldansätze der Arbeitsdienstplicht maßgebend werden. Daß damit das deutsche Volk zurückgeworfen wird auf das Lebensniveau des dreißigjährigen Krieges, hat vielleicht für die, welche heute schon, dank der furchtbaren kapitalistischen Mißwirtschaft noch schlechter stehen, nichts Furchtbares; für diejenigen aber, welche im Höhenriedeburger March das Symbol deutscher Macht und Größe sehen, wird das Zurückgehen auf diesen Zustand zur Selbstverständlichkeit. Aber es wird immerhin Länder geben, die bewußt im 20. Jahrhundert leben wollen und die es nicht gelüftet, die falsche politische Rhetorik durchzumachen, die daher auch den Mut haben, die Verherrlichung der Arbeitsdienstplicht abzulehnen, weil sie wissen, daß es sich hier nur um eine andere Form der Zwangsarbeit und der Sklaverei handelt.“

So beurteilt das Ausland die hierzulande lebendigen Bestrebungen, welche zur Autarkie einesteils und zur Arbeitsdienstplicht andernteils führen sollen. Unseres Erachtens mit vollem Recht. Der deutschen Arbeiterklasse erwächst die Pflicht, nicht nur gegenüber sich selbst, sondern auch gegenüber den ausländischen Arbeitsbrüdern, sich gegen eine Verklammerung mit allen Mitteln zur Wehr zu setzen.

HAUS UND LEBEN

Unser Kampf um den Geist.

Tag für Tag bist du in der Treitmühle deines Berufes tätig — wenn du Arbeit hast. Ohne innere Verbundenheit mit dem Werte, das du leistest. Denn ein sittlicher Gedanke fehlt deinem Schaffen. Nur der Existenz gilt die Arbeit — und dem Profit dessen, dem du dienst.

Deiner Geistigkeit sollst du, so sagt man, am Abend dienen, am Feierabend. Wenn du den Frondienst der Arbeit beendet hast, dann magst du als Deittafel ein Buch genießen. Dann magst du nebenbei etwas geistig sein.

„Man kann aber nicht“, schreibt Georg Stammer, „nebenbei geistig sein, denn Geistigkeit ist eine Umkehrung der Welt aus dem Urgrund heraus, ein Durchströmen und Ordnen der Dinge aus den Tiefen. Dafür genügt kein Zusatz von idealer Gesinnung, keine rauschende Begeisterung, keine soziale und schöngeistige Betriebsamkeit am Feierabend. Dafür genügt nur die Kraft und Leidenschaft eines Menschenlebens.“

Warum soll denn da die soziale Ordnung nicht für alle gestattet werden in solchem Geist? Warum soll die schaffende Masse denn bei der Arbeit immer nur Lasttier sein?

Der Geist ist das Wesen des Menschen, und darum soll in der neuen Ordnung des Zusammenlebens auch die Arbeit vom Geiste geleitet sein. Innerlich verbunden sein soll der Mensch mit dem Werk seiner Hand. Er ist mehr als mechanisches Werkzeug. Zum Schöpfer ist er geboren. Zum Gestalter für großes Glück. Darum sei Arbeit und Feierabend aus einem Geiste! Dem des Schöpferwillens. Dem des freien Ringens um allgemeines Glück.

Eine große Idee binde Werk und Bildung: Gemeinschaft, Freude am Aufstieg der geinteten Welt!

Aber da stehen die „Geistigen“ heute meistens abseits, und die unverbrauchte, unbewußte Geisteskraft des Volkes befreit sich selbst.

Geistigkeit und Milieu.

Die Geistigen sind hoch erhaben über das Milieu. Die Erkenntnis, daß das Milieu von bestimmender Bedeutung ist für das Leben, die will nicht in ihre Köpfe hinein. Dabei beweist die Wissenschaft immer neu, wie wichtig das Milieu nicht nur für die gesundheitliche, sondern auch für die geistige Entwicklung des Menschen ist.

Wir haben vor kurzem bereits auf die Beziehungen zwischen sozialer Lage und geistiger Entwicklung des Kindes hingewiesen. Jetzt hat Professor Dr. Adolf Busemann durch seine Spezialuntersuchungen in Breslau den Beweis erbracht, daß die Schulzeugnisse von der Art des Wohnens beeinflusst werden. Ja, Busemann stellte sogar fest, daß 40 Prozent der Kinder und mehr durch ein ungünstiges Wohnmilieu auch in ihren Schulleistungen geschädigt werden.

Aber die fatten Philister des Geistes wollen das nicht als bezeichnend erkennen. Das Milieu und seine Umgestaltung gilt ihnen nichts. Moral, Erziehung und schöne Worte genügen diesen Geistigen. Was not tut, das ist eine Revolutionierung des Geistes von unten auf. Eine Umwertung der sozialen Werte. Und die klare Erkenntnis der großen geschichtlichen Aufgabe, um die es geht, bei allen Schaffenden!

Begreifen durch Greifen.

Für die geistige Entwicklung des Menschen ist etwas Wesentliches das Greifen. Ohne das Greifen von Gegenständen mit der Hand würde bei keinem Menschen ein Begreifen werden. Der Mensch begreift von Natur dadurch, daß er die Dinge betastet. Durch Fassen erfährt er. Und würde er als Kind nicht alles gefast haben, dann würde er zum Erfassen weniger geeignet sein.

Dieses Greifen ist dem Menschen so unatürlich, daß der Greifreflex, wie die Beobachtungen über die Entwicklung des Greifens zeigen, in den ersten Monaten des Lebens sogar ohne Mitwirkung der Augen arbeitet. Im dritten Lebensmonat treten beim Berühren der Hand Armbewegungen ein. Eine Berührung ist dann immer noch die Voraussetzung zum Greifen. Das wird erst vom vierten Monat ab anders. Dann lösen alle Gegenstände, die vom Kinde entdeckt werden, Greifbewegungen aus. Aber das Kind will noch alles greifen. Es muß dann noch alles greifen, um alles begreifen zu können. Nur durch dieses Greifen lernt das Kind das Brauchbare vom Unbrauchbaren zu unterscheiden. Vom fünften Monat ab hat das Kind dann das Wichtigste seiner Umwelt durch das Greifen begriffen. Es greift dann nicht mehr nach allem, sondern nur nach dem, was es für sein Leben, seine Ernährung, sein Spiel, gebraucht.

Vom siebenten Monat an greift das Kind zugleich mit beiden Händen. Bis dahin stützte die eine Hand die andere beim Greifen. Dann will das Kind auch fernere Gegenstände erfassen, und es sucht sich den Gegenständen zu nähern. Das Kriechstadium beginnt.

Angeichts dieser Bedeutung des Greifens für die geistige Entwicklung des Kindes, wie die Wissenschaft sie heute festgestellt hat, wird es für manche Mutter verständlicher sein, warum das Kind alles anfassen will. Das ist kein Naturdrang, kein Wissensdrang. Das gehört dem Kinde zum geistigen Wachsen.

Aber angeichts dieser Bedeutung des Greifens für das geistige Wachsen zeigt sich auch unsere Lernschule in ihrer ganzen Lebensfremdheit. Nur die Schule, die durch Werk, durch Schaffen bildet, entspricht dem Wesen des Menschen.

Das Arbeiterkind kommt mit dem 14. oder 15. Lebensjahre im allgemeinen hinaus ins praktische Leben. Das ist in den Jahren, in denen wieder das praktische Schaffen von ganz ungeheurer menschenbildender Bedeutung ist, wie die Untersuchungen bewiesen haben. Aber in diesen lebenswichtigen Jahren sitzen die „höheren“ Schüler in einer ausgesprochenen Lernschule. Da wird eine lebensabgewandte Hirnbildung getrieben, die es verständlich macht, wenn sich in den höheren Schulen so viel Weltfremdheit, Phantasterel und lebensfremde Romantik zeigt.

Hiermit hängt es zusammen, daß Hitlers Jugend ihre Hauptstütze in den höheren Schulen hat. Das sollte jedem jungen Arbeitsmenschen zu denken geben. Diese lebensfremden jugendlichen Menschen können wirklich nicht vorbildlich sein. Nur wer greift, kann begreifen, und nur wer aus dem praktischen Arbeitsleben heraus denkt, denkt recht.

Völker, die keine Arbeitslosigkeit kennen.

Unter den Menschen gibt es Völker ohne Arbeitslosigkeit nicht. Soweit hat es die Menschheit in ihrem Profitkampfe nicht gebracht. Aber da, wo in der Tierwelt der soziale Gedanke im Zusammenleben bestimmend ist, da gibt es Völker ohne Arbeitslosigkeit.

Es ist überaus interessant, an den neuen Forschungen zu erkennen, wie großartig das Zusammenleben der Bienen organisiert ist. Wir fanden hierüber in neuer Zeit wiederholt Berichte in der Zeitschrift für Physiologie. Ausgezeichnet geregelt ist im Bienenstaate das Verhältnis von Angebot und Nachfrage, das ja bei den Menschen keine Regelung kennt. Daher die heutige Verbrauchskrise, bei der alles in Fülle vorhanden ist und doch Not besteht.

Denkt euch das größte Unternehmen mit Tausenden von Arbeitsträgern: das Bienenvolk steht ihm kaum nach. 40 000 bis 80 000 Arbeiter zählt solch ein Volk! Und trotzdem diese großartige Regelung des Zusammenlebens!

Die Arbeit ist im Bienenvolk nun nicht so verteilt, daß ein Tier sein Leben hindurch die gleiche Arbeit verrichtet. Es geht durch verschiedene Stadien der Arbeit hindurch. Aber auch diese Regelung ist nicht fest und mechanisch geregelt. Das Bestimmende ist der Bedarf, und die Arbeitsbienen sind ganz im Sinne des sozialen Bedürfnisses tätig. Die einzelnen Arbeitsstufen der Bienen sind vollkommen den jeweiligen Bedürfnissen des Bienenvolkes angepaßt, während es bei den Menschenvölkern so schwer ist, die Arbeitszeit den Bedürfnissen einzuordnen.

Auch die gespeicherten Vorräte sind in ungünstigen Zeiten, wie Regenperioden, für alle in gleicher Weise da. Und selbst das Prutzgeschäft wird nach Angebot und Nachfrage geregelt. Es ist bei den Bienenvölkern nicht so wie bei den Menschen, von denen man ja vielfach Kinderlegen um jeden Preis, ohne Rücksicht auf die Verhältnisse verlangt.

Die Schwiegermutter.

Maria Nikolajewna mußte, wofür man aus der Partei fliegen konnte. Deshalb entfernte sie aus dem Zimmer ihres Schwiegerohnes alle Heiligenbilder. Als aber der Schwiegerohn ins Schlafzimmer kam, sagte sie kurz angebunden: „Nimm die Mütze ab, hier an der Wand hängen doch Bilder! In Deinem Zimmer hängen keine mehr. Dort kannst Du auch mit der Mütze sitzen.“

„Könnte ich einen Happen zu essen bekommen?“ erkühnte sich Stopka Korobkow zu scherzen, obwohl er ehrlichen Hunger aus dem Büro mitgebracht hatte.

Da kam zum Vater die siebenjährige Tonja angeschwirrt. In einem Atem plapperte sie los: „Ach kann jetzt das Vaterunser auswendig und Mamma hat sich ein neues Kleid genäht und für Dich haben wir kein Dessert übriggelassen und die Kommunisten können auch ohne Dessert sein...“

„Sie können auch mit Rübenjuppen zufrieden sein. Hier haste was...“ Maria Nikolajewna schob ihrem Schwiegerohn die Schüssel mit einem verdächtigen Gemisch hin.

„Dürfte ich um ein Tellerchen bitten?“ fragte Korobkow. „Biiiiielleicht verlangst Du noch allerlei Servietten und Deckchen — was?“

„Ach, Maria Nikolajewna...“ „Du könntest mich Mama nennen — das verbietet Euch wohl die Partei nicht? Und Euch die Teller abzuwaschen liegt nicht in unserer Absicht. In Versammlungen — darauf könnte ich schwören — bricht Ihr die Lanze für die Würde der Frau und daheim möchtet Ihr Eure Frauen und Schwiegermütter zu Sklavinnen machen!“

Aus dem Schlafzimmer kam, die Ondulierschere in der Hand, Frau Njuta, Korobkows Gattin: „Das, mein lieber Stopka, übersteigt schon alle Grenzen: ein Kommunist darf nicht so verschwendisch sein... wieder mal kauftest Du gestern ein Extrablatt! Es ist mir selbstverständlich keineswegs um die 20 Kopfen zu tun, obwohl es ebenfalls eine Ausgabe ist, aber man wird Dir berechtigterweise eine gewisse bürgerliche Verschwendungsucht vorwerfen können.“

„Es scheint mir, als ob die Rübenjuppe etwas kalt geworden ist“, warf Korobkow verhöhrend ein.

„Biiiiielleicht hast Du verlangen nach einem Entrecote vom Rost oder Beefsteak à la tartar — he? Hat man schon solchen Aristokraten gesehen?“ zischte Maria Nikolajewna hervor.

„Ich habe nur festgestellt, daß die Rübenjuppe schon kalt ist.“ „Festgestellt... und was hast Du Dir dabei gedacht? Deine Frau onduliert sich nieder, will ins Kino, hat sich ein neues

Je mehr wir das Leben der Bienen kennen lernen, um so mehr stehen wir staunend vor dem großartig sozialen Organisationstrieb der Natur, der auch im Menschen ursprünglich vorhanden ist, der hier nur unter einer einseitigen Entstellung, im Sinne eines Klasseninteresses leidet. Nur Organisationsbring uns aus dem Elend heraus! Niemals kann Wirklichkeit der Willkür den Menschen das Glück bedeuten. Sozialordnung ist nur möglich in Gemeinschaft!

Alle Menschen sollen Brüder sein.

Schwestern und Brüder sollen die Menschen werden! Das ist das Sehnen des schaffenden Volkes!

Menschenschwestern: alle verbunden in einem Glauben! Menschenbrüder: alle verbunden in einer Tat. Gemeinschaft! Bruder- und Schwesterngemeinschaft, und doch auch du, auch du selbst. Ja, du ganz. Schwester- und Brudertum, wie wir es erstreben, ist ja nichts Schwaches, kein Sektentum, keine Frömmerei, kein Anlehen an den anderen ohne die eigene Kraft! Schwester- und Brudergefühl ist uns der überschwellende Jubel einer kämpfenden Seele, und darum ist heute, wo wir in stärkster Empörung uns selber fühlen, unser Wollen nach Gemeinschaft so stark.

Schwärmen kann man von Schwester- und Brudertum auch abseits der Wirklichkeit, und man tut es. Aber der lebendige Bruderglaube der kämpferischen Tat erst gibt der Brudergemeinschaft Charakter und Freiheit und Stolz. Das solidarische Kampferwollen schweiß uns zusammen, unauflöslich für immer. Aus dem Kampfe glüht die Seele des neuen Brudertums.

Seid stark und frohig! Und solidarisch in diesem Trost! Und aus euch heraus wird die neue Menschheit, die Freiheit und Liebe zu einer Gemeinsamkeit bindet.

Der Reichthaber.

Wer kennt den Reichthaber nicht? Wo auch nur Menschenkreise vorhanden sind, da ist er zu finden. Und besonders in einem so großen Menschenkreise wie einem Verbands geht es ohne den Reichthaber nicht.

Was die Gewerkschaft auch tut, es ist falsch. Nur der Reichthaber hat recht. Er weiß es besser. Auch wenn er nichts weiß, er will eben grundsätzlich das andere.

Ihm geht es um Wahrheit nicht. Ihm geht es nur um die eigene Person. Er will recht haben. Daran liegt ihm.

Und wenn er sich dabei auch in einen „revolutionären“ Mantel hüllt und revolutionäre „Opposition“ bedeuten möchte, er will nur sich. Interessant will er sein, bemerkt sein, etwas bedeuten. Aber zum Glück hat die große Masse solchem Treiben gegenüber noch das gesunde Gefühl des Widerwillens.

Kleid gekauft... Uns, mein Lieber, verübelt das niemand. Wir sind parteilos. Dir dagegen blüht noch was Schönes seitens der Bezirkskommission. Heute ist es anders als 1918. Da konnte man den Kommis spielen. Jetzt richtet man sich nach der Partei-Ethik. Eins zwei drei wird man liquidiert. Warum willst Du nicht essen?“

„Weil ich nicht will — bin schon satt.“

„Er will nicht... Seht mal an... Wenn sich die Frau nu mal ein Kleid anschafft, ist's ihm nicht recht, da verzieht er die Nase... qualmen kannte auch draußen im Flur! Und sowas will Parteimitglied sein! Hygieniker!“

Njuta, seine Frau, sekundierte ihrer Mutter: „Wahrhaftig, Stopka, Du qualmst wie ein Schornstein. Angebrannte Zündhölzer, Asche, Zigarettenstummel... ich verlange kategorisch von Dir, endlich ein Dienstmädchen einzustellen. Deine Frau ist doch Deine Sklavin nicht, die Du straflos ausbeuten kannst. Du als Kommunist müßtest das wissen. Mach' kein verdrießliches Gesicht, ich bitte Dich...“

„Ach bin nicht verdrießlich, bin jedoch der Meinung, daß all diese Sticheleien...“

Maria Nikolajewna fühlte sich getroffen: „Aha, man stichelt ihn, tut ihm Unrecht... unschuldiges Lämmchen! Und mer fängt immer damit an? Wer verweigert seiner Frau wie ein Philister die Kleinigkeit, bei günstiger Gelegenheit einen Pelz zu kaufen?“

„Ihr wißt doch, daß ich kein Geld habe!“

„Aber für Extrablätter haste Moneten? Und für eine Lederjoppe? Vorige Woche 75 Kopfen für ein Theaterbillet? Ja oder nein? Gehste schon? Die Wahrheit ist Dir zuwider — he? Und Deine Partei-Ethik? Vergessen — was? Wenn jemand ein Kommunist ist, soll er alles für andere opfern. Wir beide — Njuta und ich — gehören zu den unaufgeklärten, kleinbürgerlichen Elementen. Was kann man da von uns verlangen? Wir aber dürfen von euch erwarten... Aha, fort ist er!“

Ein freudiges Lächeln huschte über Maria Nikolajewnas Gesicht: „Paß mal auf, Njuta, wenn er Dir nach alledem keinen Pelz kauft, dann kenne ich mich in der Partei-Ethik nicht mehr aus!“

Deutsch von Victor Kalinowski.

35. Kameraden, sorgt in eurem und im Interesse eurer Organisation für pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags für die Zeit vom 21. August bis 27. August 1932

Woche

Kamerad!

Die Bestrebungen unserer Organisation decken sich mit der Arbeit der Konsumgenossenschaften. Nach Beschlüssen der Gewerkschaftskongresse ist nicht nur die gewerkschaftliche Organisation, sondern auch die Mitgliedschaft in der Genossenschaft unbedingt erforderlich.

Schließe dich dem Konsumverein in deinem Bezirk an!

Aus dem Ruhrrevier.

West-Ostfiedlung.

Die Beratungsstelle für landwirtschaftliche Ostfiedlung, Essen, Kronprinzenstraße 35, schreibt uns:

Die schwierige Lage innerhalb der Gesamtwirtschaft und vor allem innerhalb der allgemeinen Finanzlage hat dazu geführt, daß die Beschaffung von Siedlungsobjekten für die West-Ostfiedlung bisher nur in einem beschränkten Umfang erfolgen konnte. Daraus ergibt sich, daß den zahlreichen Nachfragen nach geeigneten Siedlungsobjekten nur geringe Möglichkeiten gegenüberstehen. Diese Situation hat dazu geführt, daß zahlreiche private Vermittlungsstellen dazu übergegangen sind, außerhalb der unter staatlicher Aufsicht durchgeführten Siedlungsverfahren Siedlungsmöglichkeiten auf privatem Wege zu beschaffen. Auf Grund zahlreicher unerfreulicher Ergebnisse, die in der Schädigung einer Reihe von Bewerbern zum Ausdruck gekommen sind, sehen wir uns veranlaßt, hierauf zu warnen und darauf hinzuweisen, sich der bestehenden amtlichen und offiziellen Beratungsstellen zu bedienen, die die unbedingte Gewähr für eine sorgfältige und erfolgreiche Anfiedlung bieten.

Eingehende, sachgemäße und kostenlose Auskunft erteilen die Beratungsstellen der Reichsstelle für Siedlerberatung. Ehe man sich zum Erwerb einer Siedlerstelle entschließt, wende man sich an die nächstliegende Beratungsstelle für landwirtschaftliche Ostfiedlung, Essen, Kronprinzenstraße 35 (Ruhrfiedlungsverband).

Die in der letzten Zeit erschienene tendenziöse Pressenotiz, die von einer Auflösung der westdeutschen Beratungsstellen berichtet, entspricht den Tatsachen keineswegs.

Wir teilen ferner mit, daß wir in der Lage sind, geeigneten Siedlungsinteressenten laufend Siedlungsmöglichkeiten namhaft zu machen. In der nächsten Zeit werden von uns in den verschiedenen Ostprovinzen Besichtigungen von Siedlungsobjekten stattfinden, wo die Betroffenen sich dann ankaufen können. Wir bemerken ferner, daß auch auf Einzelfahrten zu Siedlungsobjekten durch einen Antrag bei der vorgenannten Beratungsstelle eine 25prozentige Fahrpreisermäßigung gewährt wird.

Aus dem Saarrevier.

Generalversammlung der Saarnappschafft.

Am 6. August tagte aus Anlaß des ungeheuerlichen Abbaus des Oberbergamts die Generalversammlung der Saarnappschafft. Es waren 168 Arbeitervertreter und 12 Angehörtenvertreter anwesend. Der Vorsitzende, Herr Direktor Masling, eröffnete die Tagung und erteilte zum Geschäftsbericht Herrn Verwaltungsdirektor Kredel das Wort. Aus dessen Ausführungen konnte man entnehmen, daß die Lage der knappschaftlichen Kassen wohl schwierig, aber nicht katastrophal ist. Auch er war der Auffassung, daß die von der Regierung versprochenen, aber leider nicht durchgeführten Hilfe die drakonischen Maßnahmen des Oberbergamts mildern, wenn nicht ganz überflüssig machen würde.

Der Kommissar des Oberbergamts, Herr Dr. Meibeler, hat auftragsgemäß mitgeteilt, daß eine eventuelle Ergebnislosigkeit der Generalversammlung die endgültige Entscheidung des Oberbergamts zur Folge hätte, was mit großen Entwürfnissen der Arbeiter aufgenommen wurde.

Sodann machte Kamerad Peter Micheln, der stellvertretende Vorsitzende der Saarnappschafft, u. a. folgende Ausführungen:

„Die Regierungskommission des Saargebietes, Abteilung Oberbergamt, hat, ohne gesetzliche Regelung und ohne vorherige Beschlussfassung der zuständigen Generalversammlung der Saarnappschafft, die Leistungen aus der Kranken- und Pensionstafel sehr stark herabgesetzt.“

Das Vorgehen des Oberbergamts wird mit dem § 41 Abs. 4 des Knappschaftsgesetzes begründet. Derselbe lautet: „Ist zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit der Kasse eine schleunige Vermehrung ihrer Einnahmen oder Minderung ihrer Ausgaben notwendig, so kann das Oberbergamt eine vorläufige Erhöhung der Beiträge oder Minderung der Leistungen anordnen, ohne daß ein Beschluß des Knappschaftsvereins vorangehen muß.“

Es ist also hier klar und präzise zum Ausdruck gebracht, daß das Oberbergamt nur dann zwangsweise eingreifen soll, wenn große Gefahr im Verzug ist und schleunige Maßnahmen ergriffen werden müssen. Liegt dieser Gefahrenmoment nicht vor, dann haben zunächst die Organe der Kasse, das ist die Generalversammlung, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen und zu beschließen. Kommt ein Beschluß zur Bannung dieser Gefahren seitens der Organe der Knappschaft nicht zustande, dann erst hätte das Oberbergamt das Recht, einzugreifen.

Ferner ist im § 41 Abs. 1 des Knappschaftsgesetzes gesagt, daß vor jeder Herabsetzung anderer Leistungen zuerst die über die gesetzlichen Steigerungssätze hinaus gewährten Steigerungssätze ermäßigt werden. Es ist also hier ganz klar bestimmt, daß zunächst die Zulagesteigerungssätze abzubauen seien, ehe ein Abbau der gesetzlichen Pflichtleistungen vorgenommen werden darf. Deshalb ist es auch geschehen, daß der Grundbeitrag, welcher gesetzlich festgelegt ist, durch eine Verfügung des Oberbergamts um die Hälfte reduziert wurde.

Daß das übereilte Eingreifen des Oberbergamts vollkommen unbegründet ist, beweist die finanzielle Lage der Saarnappschafft. Nach dem Jahresbericht der Saarnappschafft hat die Krankentafel am 1. Januar 1931 ein Vermögen von rund 49,7 Mill. Fr. und die Arbeiterpensionstafel ein solches von rund 59,6 Mill. Fr. Es ist ein Bestand von 24,7 Mill. Fr. angegeben. Nach dem vorläufigen Rechnungsabluß für das Jahr 1931 wird die Krankentafel mit rund 4,4 Mill. Fr. Zuschuß abschließen, so daß sich ihr Vermögen auf etwa 45,3 Mill. Fr. bis zum 1. Januar 1932 ermäßigt hat. Die Pensionstafel A hat sogar noch einen Ueber- schuß von etwa 3,2 Mill. Fr. zu verzeichnen. Ihr Vermögen erhöht sich somit auf 62,8 Mill. Fr.

Das Gesamtvermögen aller Kassen wird sich im Jahre 1932, wenn die Kürze der Wertpapiere sich nicht ändern, um etwa rund 500 000 Fr. ermäßigen, so daß es immer noch mehr als 167 Mill. Fr. beträgt. Die Gesamtausgabe aller Kassen betrug im Jahre 1931 rund 233 467 000 Fr., wovon 91 337 000 Fr. der Saarnappschafft wieder erstattet wurden, so daß sie selbst nur 141 630 000 Fr. getraen hat. Das Vermögen deckt also bei weitem die Jahresausgabe aller Kassen, was man bei anderen Sozialversicherungsträgern nicht behaupten kann.

Am 1. Halbjahr 1932 hat sich dieses Bild nicht wesentlich verändert. Der Zuschuß wird in allen Kassen etwa 2 Mill. Fr. betragen. Anfang dieses Jahres hat die Regierungskommission den Vertretern der Saarnappschafft und der Gewerkschaften versprochen, die ersparten Gelder der Erwerbslosenfürsorge, die infolge forciertener Pensionierungen vorhanden sind, der Saarnappschafft zuzuführen. Hätte die Regierungskommission dieses Versprechen gehalten, dann wären Defizite in der Pensionstafel A keinesfalls zu erwarten, vielmehr würde die Pensionstafel noch Ueber- schüsse aufzuweisen haben. Diese amtlichen Zahlen, welche

auch für das Jahr 1931 den Vorstandsmitgliedern erst vor einigen Wochen vorgelegt wurden und dem Oberbergamt bekannt sind, lassen unzweifelhaft erkennen, daß beschleunigte Maßnahmen nicht begründet sind und ein Abbau der Leistungen nicht notwendig war.

Die Kürzung, wie sie durch die Verfügung des Oberbergamts am 1. August d. J. durchgeführt worden ist, ist geradezu eine Ungeheuerlichkeit und läßt jedes soziale Empfinden vermissen. Die Erzeuger dieses Beschlusses scheinen sich jedenfalls der Tragweite desselben nicht bewußt gewesen zu sein, oder aber sie sind der Auffassung, daß für den Sozialrentner nur noch der Friedhof übrigbleibt!

Soweit die gesetzliche Verfügung des Oberbergamts die Krankentafel, insbesondere die Familienkrankentafel betrifft, hat das Oberbergamt unseren überzeugenden Darlegungen nachgegeben und ließ erklären, daß die Bestimmungen in der Familienkrankentafel, soweit sie von dieser Verfügung betroffen würden, vorläufig nicht zur Durchführung kämen. Die Reduzierungen der Leistungen der Familienkrankentafel auf die gesetzlichen Mindestleistungen hätten unzweifelhaft größte Not in die Bergarbeiterfamilien gebracht. Um das zu verhindern, haben wir uns nach Verhandlungen im Vorstand auf folgendes geeinigt:

Der Grundlohn wird von 34 auf 32 Fr. herabgesetzt. Im übrigen finden die entsprechenden Bestimmungen der Satzung Anwendung. Dadurch ist der starke Abbau, der nur diejenigen getroffen hätte, die Krankenhausbehandlung notwendig haben, vermieden worden. Das Krankengeld wird in Zukunft nicht mehr 17 Fr., sondern 16 Fr. betragen. Dafür wird aber das Hausgeld nicht 8,50 Fr., sondern 12,80 Fr. betragen. Beim Vorhandensein von mehr als einem Angehörigen erhöht sich das Hausgeld für jeden weiteren Angehörigen um 5 Prozent. Bei zwei Angehörigen beträgt somit das Hausgeld in der achten Lohnstufe 14,40 Fr. und bei drei Angehörigen bereits 16 Fr.

Bei Krankenhausbehandlung der Angehörigen hätten nach der Verfügung des Oberbergamts die Versicherten die vollen Pflegekosten selbst tragen müssen, was pro Tag mindestens 20 Fr. ausgemacht hätte. Auch hier hat der Vorstand sich auf den Standpunkt gestellt, der Verfügung des Oberbergamts nicht Rechnung zu tragen, sondern eine kleine Erhöhung des bisherigen Pflegegeldes von 12,50 auf 13,40 Fr. vorzunehmen. Ebenso ist sich auch der Vorstand darüber einig, daß die Arzneikostenbeteiligung der Knappschaft, die 50 Prozent beträgt, auch für die Zukunft bestehen bleiben soll.

Diese Beschlüsse glaubte der Vorstand insbesondere deshalb fassen zu können, weil zur Zeit in der Krankentafel infolge des Rückganges der Krankheitsfälle kaum ein nennenswertes Defizit bestehen würde. Der Vorstand hat sich hier selbst für die Befestigung der Schwierigkeiten eingesetzt und glaubte nun — ganz besonders wir von Arbeitnehmerseite —, dabei einen wesentlichen Erfolg für die Bergleute und ihre Familien erreicht zu haben. Es bleibt nun noch die Ungeheuerlichkeit der Pensionssenkung, und hier — das sage ich noch einmal ausdrücklich — werden wir in den nächsten Tagen noch alles versuchen, um eine erträgliche Lösung zu finden.

Das Vorstandsmitglied Jakob Micheln vom christlichen Gewerksverein unterstrich die Ausführungen des Verbandsvertreters und meinte, daß die Regierungsstellen nur deshalb zu solch ungeheuerlichen Maßnahmen kommen könnten, weil sie der Bevölkerung, insbesondere der Bergarbeiterfamilie, innerlich völlig wesenfremd gegenüberstehen.

Nach ihm sprachen 17 Vertreter, die Not und Elend der Versicherten, ihrer Familien und der Berginvaliden schilderten. Harte und dennoch sachliche Kritik war der Ausklang der Diskussion. Wenn ein Vertreter das biblische Gleichnis von den beiden Männern, die von Jerusalem nach Jericho gingen und unter die Räuber fielen, zitierte, so wurde damit die ganze Situation blühartig beleuchtet.

Die nun erfolgten Abstimmungen brachten die einstimmige Ablehnung aller Verschlechterungen in der Pensionstafel A. Ebenso wurden die Vorlagen seitens der Vertreter abgelehnt, die die zehnprozentige Arzneikostenbeteiligung für Versicherte und Invaliden vorsehen. Ferner wurde die Befestigung der unentgeltlichen zahnärztlichen Behandlung und Fahrkostenerstattung für Angehörige von Versicherten abgelehnt.

Die Regierungskommission hat nun das letzte Wort. Ob sie es verantworten kann, die Invaliden, Witwen und Versicherten dem Hungertode auszuliefern?

Die Not der Saarbergarbeiter.

Feierschichten sind nun im Saarbergbau die Regel. Im Juli und in den Vormonaten hatten die Bergarbeiter sieben bis neun Tage Lohnausfall. Siebzehn Tage Arbeit im Monat bringen ein Einkommen, bei welchem die Familie trotz Arbeit ihres Ernährers hungern muß. Siebzehn Schichten bedeuten für den Bergarbeiterhaushalt eine Fülle von Entbehrungen, von welchen nur derjenige einen Begriff erhält, der in das Leben des Arbeiters einen Einblick hat.

Nachstehende Lohnzettel eines höchst und eines niedrigst entlohnten Bergarbeiters zeigen die Not:

Lohneinkommen eines Hauers mit zwei Kindern.	
17 Schichten je 38,70 Fr.	657,90 Fr.
Sozialumlage je 4,50 Fr.	76,50 Fr.
Bruttolohn insgesamt: 734,40 Fr.	
Abzüge:	
Beiträge zur Knappschaft	96,00 Fr.
Steuern	7,40 Fr.
Strafen	10,50 Fr.
Abzüge insgesamt: 113,90 Fr.	
Nettolohn: 620,50 Fr.	
Fahrtgeld zur Arbeitsstelle	55,50 Fr.
Miete	135,00 Fr.
Lohn zum Leben für vier Personen: 430,00 Fr.	
Trotz schwerer Arbeit monatlich nur 430 Fr. oder täglich 13,87 Fr. zum Leben und zur Beschaffung von Kleidern und Schuhen!	

Lohneinkommen eines niedrigst entlohnten verheirateten Arbeiters.	
17 Schichten je 31,34 Fr.	532,78 Fr.
Sozialzulage je 1,50 Fr.	25,50 Fr.
Bruttolohn insgesamt: 558,28 Fr.	
Abzüge:	
Beiträge zur Knappschaft	95,00 Fr.
Steuern	9,15 Fr.
Abzüge insgesamt: 104,15 Fr.	
Nettolohn: 454,13 Fr.	
Fahrtgeld zur Arbeit	36,50 Fr.
Miete	105,00 Fr.
Lohn zum Leben für zwei Personen: 312,63 Fr.	
Täglich darf diese Familie also ausgeben: 10,98 Fr.!	

Diese nackten Zahlen der Lohnverhältnisse von arbeitsamen Menschen wirken mehr als alle Worte! Angesichts dieser Zustände verlangen die Bergarbeiterverbände von der Regierung die Kurzarbeiterfürsorge nach Beachtung monatlicher Feierschichtenzahl, ein nur zu berechtigter Antrag, da die Bergarbeiterschaft vollständig von der gesetzlichen Kurzarbeiterfürsorge ausgeschlossen wird! Der Beweis liegt in der Feierschichteneinlegung der Generaldirektion, welche ihrem Finanzminister Morize helfend zur Seite steht.

Dieser Behandlung der Bergarbeiter reißt sich das Vorgehen gegen die Berginvaliden würdig an. Trotz Steuererhöhung von 100 Mill. Fr. hat die Kasse des Herrn Morize keine 3 Mill. Fr., um das Einkommen der Berginvaliden zu erhalten, keine 3 Millionen, um das Versprechen des Sozialministers Kosmann einzuhalten, das derselbe gegeben hat, als die Regierung die 3 Millionen auf Kosten der Knappschaft und damit der Bergarbeiterinvaliden in der Erwerbslosenfürsorge sparte! „Ich werde das Geld aus der Erwerbslosenfürsorge nehmen!“ — versprach Herr Kosmann. Doch nichts ist geschehen!

Der Lohn der Bergarbeiter, die Renten der Bergbauinvaliden zeigen das Völkerverbundesparadies Saarabien!

„Volksgemeinschaft“ heißt das schöne Wort, an welchem sich die bürgerlichen Politiker berauschen. In Wirklichkeit ist es der Klassenunterschied, welcher dem einen ein Einkommen gibt, das er nicht verzehren kann, während der Arbeiter bei seiner Arbeit verhungert!

Aus dem Bezirk Zwickau.

Bettelweil finanziert einen Streik.

In einer Reihe bürgerlicher Zeitungen vom 7. und 9. August wird in dem Prozeß Caro-Bettelweil folgende Notiz gebracht:

„Ein führender Generaldirektor einer chemischen Fabrik im Vogtland wurde als Zeuge dafür benannt, daß Bettelweil während des mitteldeutschen Kommunistaufstandes unter Max Hötz, dem Führer des Generalkreises, den Kohlenarbeitern in Zwickau zur Durchführung dieses Streiks finanzielle Hilfe geleistet habe, um eine Stilllegung und Vernichtung der sächsischen Steinkohlenindustrie, einer Konkurrenz der Preussischen Unternehmen, zu erreichen.“

Der Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands (Bezirksleitung Zwickau) teilt hierzu mit, daß er als Organisation mit der damaligen Streikbewegung nicht in Verbindung stand. Nachdem die feinerzeit geforderte Lenkungsulage für das Steinkohlenrevier in Sachsen bewilligt war, die kommunistische Bewegung aber nicht befriedigt wurde, wurde der Streik unter Aufwendung großer finanzieller Mittel weitergeführt. Schon damals ergab die Aufwendung der kommunistischen Streikbewegung großes Aufsehen, zumal auch die kommunistischen Arbeiter nicht in der Lage waren, in der Zeit der Geldentwertung Beiträge zu leisten. Den freigewerkschaftlichen Organisationen, die am sächsischen Tarif für den Steinkohlenbergbau beteiligt sind, sind Zuwendungen solcher Art, wie sie in vorbezeichneten Notizen bekannt werden, nicht übermittelt worden, ebensowenig hatten die freigewerkschaftlichen Organisationen mit der Fortsetzung des unter kommunistischer Führung stehenden Streiks zu tun.

Aus dem Bezirk Lugau.

Richard Jakob 75 Jahre alt.

Am 28. August feiert Kamerad Richard Jakob (Gersdorf) seinen 75. Geburtstag. Der Name und die Person des Jubilars sind mit der Geschichte der Bergarbeiterbewegung und der Organisation unseres Verbandes im Lugauer Revier aufs innigste verbunden. Er war einer der ersten, die den Aufbau der Bergarbeiterorganisation in unserem Revier tätig in die Hand nahmen. Als Mitglied im Verband sächsischer Berg- und Hüttenarbeiter und nach Auflösung dieses Verbandes durch die Polizei und Anschluß an den alten Bergarbeiterverband (Sitz Bochum) hat er sich unschätzbare Verdienste um die freie Gewerkschaftsbewegung erworben. Er dient der nachfolgenden Generation als leuchtendes Vorbild.

Wir entbieten heute dem alten Kämpfer zu seinem 75. Geburtstag unsere herzlichsten Glückwünsche und hoffen, den Kameraden Richard Jakob noch recht oft in seiner alten Rüstigkeit begrüßen zu können.

Aus dem Bezirk Hannover.

Robert Rauch ist tot!

Ganz überraschend und unerwartet trifft uns die erschütternde Nachricht, daß Robert Rauch, erst 52 Jahre alt, am 18. August plötzlich an den Folgen eines Schlaganfalles gestorben ist. Am Nachmittag des 18. August war er noch in Verbands- geschäften in Hötenleben tätig und am Abend machte der unerbittliche Tod seinem Leben und Wirken ein jähes Ende.

Robert Rauch wurde am 27. Februar 1880 in Hötenleben als Sohn eines Maurers geboren. Nach Beendigung der Schulzeit erlernte er das Gelbgießerhandwerk. Nach vollendeter Lehrzeit arbeitete er in Bochum, Düsseldorf und Köln. 1904 vom Militär entlassen, nahm er die Arbeit als Metallarbeiter in Schöningen wieder auf und schloß sich dem Metallarbeiterverband und der SPD an. 1906 wurde er Vorsitzender der neugegründeten Zahlstelle Hötenleben des Metallarbeiterverbandes und blieb auf diesem Posten bis 1908. Bei der Gemeindevwahl 1908 wurde er in Hötenleben als erster Sozialdemokrat in die Gemeindevertretung gewählt. Dieses Amt behielt er bis zum Ausbruch des Krieges. Nach den Reichstagswahlen 1907, die der Arbeiterbewegung einen kräftigen Auftrieb gaben, wirkte er bei der Gründung des Konsumvereins in Hötenleben hervorragend mit und wurde auch sofort mit in den Vorstand gewählt. 1908 wurde er bereits als Geschäftsführer angestellt. Aus dieser Tätigkeit wurde er durch den Krieg herausgerissen. Nach Beendigung des Krieges war er, da seine Stelle beim Konsumverein während des Krieges neu besetzt war, beim Reichsnachwertungsamt in Magdeburg tätig. Im Februar 1920 wurde er dann von unserem Verbands als Lokalbeamter für den Harzbezirk angestellt. In diesem Bezirk hat er nun zehn Jahre unter den schwierigsten Verhältnissen mit gutem Erfolg für unseren Verband gearbeitet. Durch seine Tätigkeit hat er sich auch den Haß der Gegner zugezogen. Als jeht nach der Reichstagswahl die Terrorwelle der Nazis durch Deutschland ging, haben sie zweimal den Versuch gemacht, auch Robert Rauch in seiner Wohnung in Wienenburg herauszuholen. Es ist ihnen jedoch nicht gelungen.

Nun hat der unerbittliche Tod dem arbeitsreichen Leben ein allzu frühes Ende gemacht. Im Verbands- und besonders im Bezirk Hannover ist eine schmerzliche Lücke entstanden. Wir verlieren in Robert Rauch einen treuen und kollegialen Mitkämpfer. Wir trauern mit den Hinterbliebenen und geloben, im Sinne des Verstorbenen weiter zu arbeiten. Dadurch werden wir das Andenken an Robert Rauch am besten ehren!

Nicht ermüden — weiterkämpfen!

Die Wahlen sind vorüber. Viel Mühe und Schmutz ist gegen die Gewerkschaften sowie deren Führer und die Führer der SPD. täglich, ja stündlich verbreitet worden; auch die Funktionäre bekamen dabei ihren Teil ab. Die Dredschleuderer hatten Hochbetrieb. Sieh es in der Nazipresse: Reichsbanner und Kommunisten schlachten die unschuldigen G.M. Proleten ab, schleudern am gleichen Tage die kommunistische Presse: Severing-Politik klebt hungrige Proleten nieder u. a. m. In dieser Situation war es erfreulich, daß die ehrlichen Funktionäre der SPD, speziell diejenigen, die noch freigewerkschaftlich organisiert sind, nicht in denselben Ton verfielen und zusammen mit ihren Gewerkschaftskollegen harte Debatten an den Stempelstellen, bei G.M. Aufmärschen usw. führten, wobei jedesmal die Nazis die geistig Unterlegenen waren.

Hier hat sich gezeigt, was eine jahrzehntelange gewerkschaftliche Schulung vermag. Wenn es trotzdem oft zu Täuschlichkeiten ausartete, so war es immer Schuld der Nazis, die in ihrer geistigen Hilflosigkeit auf die sachlichen Argumente unserer Funktionäre und Mitglieder nichts zu erwidern wußten und dann ihre Dummheit durch provozierendes Auftreten, Drohungen usw., wieder wettzumachen versuchten.

Große Teile der Kommunisten aber begnügten sich mit bloßem Geschimpfe gegen die freien Gewerkschaften und SPD. und forderten auf der anderen Seite die Einheitsfront. Ihnen muß gesagt werden:

Wollt ihr ehrlich die Einheitsfront, so macht euren Einfluß bei euch dahingehend geltend, daß die Beschimpfung und Verächtlichmachung der Gewerkschaften und deren Führer unterbleibt, ihre Verdienste und dann große Verdienste um die Arbeiterbewegung erwerdet. Sagt aber auch euren Führern, eine Einheitsfront, mit der man die Masse von den Führern abspalten will, mit dem einzigen Ziele, sie zur SPD. hinüberzuführen, wollen die Arbeiter nicht. Wer von dem Aufbau einer Organisation oder Partei und deren Verbindung mit den Funktionären und Mitgliedern etwas weiß, wird niemals glauben können, daß man die Masse von den Führern lösen kann, um eine Einheitsfront zu schmieden.

Die ökonomischen und politischen Ereignisse drängen wohl zur Einigkeit, aber gerade hier müssen es die freien Gewerkschaften sein, die das Sammelbecken der Arbeiter im Kampf gegen den Faschismus sein müssen. Für uns Bergarbeiter erwächst deshalb die Aufgabe, in den Zahlstellen und Zahl-

stellenversammlungen Vorarbeit und Aufklärung zu leisten, und dieses wiederum kann am besten geschehen, wenn jedes Mitglied an der Zahlstellenversammlung teilnimmt und jedes Mitglied noch einen unorganisierten Kameraden mitbringt, damit auch dieser der Organisation Interesse abzugewinnen versucht. A. L.

BÜCHER

Sämtliche hier angezeigten Bücher sind durch unsere Buchhandlung H. Hansmann & Co., Bochum, Wismelhauser Straße 38-42, zu beziehen.

Geschichte des Steinkohlenbergbaues zu St. Ingbert mit besonderer Ber. sichtigung der Frühzeit. Von Wolfgang Krämer. Herausgegeben von der Pfälzischen Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften Speyer a. Rh. Ausstattung für den Buchhandel: Dr. E. Jaegersche Buchhandlung in Speyer a. Rh. XII, 282 Seiten mit 4 Kartenbeilagen, 1 Zeitafel und einem reichen Urkunden-Anhang. Preis 6,50 M. — Diese umfangreiche, durchweg auf archaischen Quellen beruhende Arbeit stellt die erste geschichtliche Monographie einer deutschen Kohlenzeche dar und ist zugleich eine grundlegende Studie zur Wirtschaftsgeschichte der Rheinpfalz und des Saargebietes. Zu einer Zeit, da in den deutsch-französischen Saarverhandlungen die Rücküberwindung der Saargruben durch Deutschland die Hauptrolle spielt, dürfte dem vorliegenden Werte eine besondere Bedeutung zukommen.

Altensaub. Von Stadtrat Drechsler. Aus dem Tagebuch eines Wohlfahrtsbezirkens. Preis: 2 M. broschiert, 2,50 M. gebunden. Verlagsanstalt „Courier“, GmbH, Berlin SO. 16. — Hier berichtet ein Fachmann aus der Welt des Glends und der Not. Er begnügt sich nicht mit der Schilderung praktischer Ergebnisse, sondern regt auch zum Nachdenken an, wie wohl die Gesellschaft wirksamer und für „die, die im Schatten leben“, heilsamer ihre Hilfsstätigkeit gestalten könne. Ein Buch, das erschütternd wirkt und aufrüttelnd zugleich für alle wahren sozialen Freunde der Hilfsbedürftigen, alles daran zu setzen, um endlich einer sozialen Ordnung den Weg zu bahnen, deren Sinn und Zweck sich, allen, was Menschenantlitz trägt, ein würdiges Dasein zu sichern.

Die Porzellanstadt. Der Roman „Die Porzellanstadt“ von Alexander Beregudow, ins Deutsche übertragen von Boris Krotkoff und Annie Biszias, der jetzt als neue Werberämie bei der Büchergilde Gutenberg erscheint, ist eines der besten Bücher der russischen Nachkriegszeit. Es ist kein Buch mit lauter Propaganda, kein Buch im Leitartikelfstil, es ist vielmehr ein

Roman um ein bescheidenes Beispiel des russischen Wiederaufbaues. Wie die meisten Romane bolschewistischen Charakters macht auch dieses Buch vor der Selbstkritik nicht halt. Ein unfähiger Arbeiterromann wird schonungslos dargestellt, und die „große Masse“ wird beileibe nicht zu einer Heldenschar aufgepöbelt. Gerade dadurch, durch die innere Wahrhaftigkeit dieser neuer russische Roman einen guten Platz in der Reihe der Gildenbücher. Daß auch dieses neue Buch, das für die Werbung von zwei Mitgliedern abgegeben wird, sorgfältig gedruckt und ausgestattet ist, versteht sich bei der Büchergilde Gutenberg von selbst.

Ein Feuer flammt auf! Das ist eine fesselnd ergriffend und erschütternde Geschichte, die vom armen ober-schlesischen Land und Waldarbeiter Thomas Linnet. Der ist ein stiller, schlichter Mensch, ein Sinierer, der mit nachdenklichen Augen der Welt Lauf betrachtet, soweit sein hartes Tagewerk ihm Zeit dazu läßt. Es kommt der Krieg. Thomas Linnet wird Soldat. Es geht ihm nicht gut unter der Fuchtel der Feldweibel und Offiziere, die in ihm nur den „Polkad“ sehen, aber Thomas Linnet beißt die Zähne zusammen und tut seine Kriegspflicht und ist in den übrigen ein vorbildlicher Kamerad. Der „Friede“ kommt. Die Not kommt. Die Inflation kommt. Die große Krise kommt. Er geht bergab! Auch Thomas Linnet wird entwürzelt, auch er wird arbeitslos, selbst in seinem Heimatwald will man ihn nicht wieder haben. So macht er eine Wandlung durch und wird zum Rebellen gegen eine Gesellschaft, die stärker ist als er. Eric Hermanns „Ein Feuer flammt auf!“ (2,50 M.) gehört zu unseren besten Zeitromanen, grandios in der Darstellung unserer schicksalsschwangeren Tage. (Verlag: J. H. W. Dieck, Berlin.)

Verbandsnachrichten

Kranzspende.

Selm. Die Kameraden werden ersucht, für September ein Kranzmarke zu kleben.

Rechtsschutz

Widertode. Die Sprechstunden in unserer Zahlstelle finden von jetzt ab jeden ersten Dienstag im Monat von abends 6.30 bis 9 Uhr in der Wohnung des Vertrauensmannes Ab. B o l t statt. Alle Kameraden, welche Anstufung in Arbeitslosen-, Wohlfahrts-, Rentensachen und betr. Arbeitsverhältnisse usw. wünschen, bitten wir, diese Zeit zu beachten.

In die Verbandsmitglieder!

Ausgliedern! Aufbewahren!

Trotzdem seit dem 2. August vorigen Jahres durch Beschluß des Vorstandes, Beirates und Kontrollausschusses die Unterstützungssätze für Arbeitslosigkeit geändert wurden, hat die weiter andauernde Wirtschaftskrise das Finanzgebaren unseres Verbandes sehr stark beeinflusst. Die Ausgaben für Arbeitslosen- und Krankenunterstützung überschreiten seit Monaten die Beitragseinnahmen, so daß von dem Vermögen des Verbandes gezehrt werden mußte. Damit der Verband auch für die Zukunft aktionsfähig bleibt, war es notwendig, daß in einer gemeinschaftlichen Sitzung der Vorstand, Beirat und Kontrollausschuß, gestützt auf die Bestimmungen des § 33 Ziffer 12 des Verbandsstatuts vom 1. Januar 1931, erneut Statutänderungen vornehmen mußten. Wir hoffen, daß mit diesen Einschränkungen der Unterstützungen, mit denen auch verwaltungsmäßige Einsparungen, wie Herabsetzung der Gehälter usw. Schritt halten, es gelingt, den Verband über die schwere Wirtschaftskrise hinwegzubringen und ihn für einen wirtschaftlichen Wiederaufstieg kampffähig zu erhalten. Die nachstehend aufgeführten Änderungen unseres Verbandsstatuts sind von den obengenannten Verbandsinstanzen heute in einer gemeinschaftlichen Sitzung einstimmig beschlossen worden und haben den nachstehenden Wortlaut:

§ 19 Ziffer 2.

Die Mitgliedszeit wird bei Beginn jeder laufenden Unterstützung berechnet. Während der Dauer des Unterstützungsbezuges erhöht sich weder die Unterstützungsdauer noch der Unterstützungssatz.

§ 20.

In Zeile 4 muß es heißen anstatt „wieder 13 Wochenbeiträge“, wieder 26 Wochenbeiträge in ihrer Klasse gezahlt haben.

§ 22 Ziffer 9

erhält folgenden Wortlaut:

Die Höhe der Unterstützung richtet sich nach der Beitragszahlung und beträgt pro Woche bei einem Wochenbeitrag von

Mitgliedsdauer	M. 0,20	0,30	0,40	0,50	0,60
26—52 Wochen	3,—	3,50	4,—	5,—	6,—
53—156 „	3,50	4,—	5,—	6,—	7,—
157—260 „	4,—	5,—	6,—	7,—	8,—
261—364 „	5,—	6,—	7,—	8,—	9,—
365 u. mehr „	6,—	7,—	8,—	9,—	10,—

	M. 0,70	0,80	0,90	1,—	1,10
26—52 Wochen	7,—	8,—	9,—	10,—	11,—
53—156 „	8,—	9,—	10,—	11,—	12,—
157—260 „	9,—	10,—	11,—	12,—	13,—
261—364 „	10,—	11,—	12,—	13,—	14,—
365 u. mehr „	11,—	12,—	13,—	14,—	15,—

	M. 1,20	1,30	1,40	1,50
26—52 Wochen	12,—	13,—	14,—	15,—
53—156 „	13,—	14,—	15,—	16,—
157—260 „	14,—	15,—	16,—	17,—
261—364 „	15,—	16,—	17,—	18,—
365 u. mehr „	16,—	17,—	18,—	19,—

§ 22 Ziffer 10 Abs. 2

wird gestrichen.

§ 30 Ziffer 1

erhält folgenden Wortlaut:

Erwerbslosenunterstützung können diejenigen Mitglieder erhalten, die mindestens 52 volle Wochenbeiträge entrichtet haben und die durch unverschuldete Arbeitslosigkeit oder Krankheit erwerbslos geworden sind. Die Zahlung der Unterstützung erfolgt bei Krankheit nach einer Karenzzeit von 14 Tagen oder vom 15. Tage nach der zuletzt versahrenen Schicht. Bei Arbeitslosigkeit wird die Unterstützung nach einer Karenzzeit von 7 Tagen oder vom achten Tage nach der zuletzt versahrenen Schicht gezahlt. Meldet sich ein krankes Mitglied nicht sofort beim Arzt, so gilt der Tag des Eintritts in die ärztliche Behandlung als erster Karenztag. In allen anderen Fällen kommt der Tag nach der zuletzt versahrenen Schicht als erster Karenztag in Frage.

§ 30 Ziffer 6 Absatz 1

erhält folgenden Wortlaut:
Ist die volle Erwerbslosenunterstützung bezogen, so müssen nach dem letzten Unterstützungsbezug erst wieder 52 volle Wochenbeiträge entrichtet und in dieser Zeit mindestens 13 Wochen versicherungspflichtige Arbeit verrichtet sein, bevor erneut Anspruch auf Unterstützung besteht.

§ 30 Ziffer 6 Absatz 3

wird gestrichen.

§ 30 Ziffer 8

erhält folgenden Wortlaut:

Die Höhe der Erwerbslosenunterstützung richtet sich nach den geleisteten Hauptkassenbeiträgen und beträgt für jeden Werktag die Hälfte eines Wochenbeitrages oder pro Woche bei einem

Wochenbeitrag von Erwerbslosenunterstützung	M.	M.
0,20	0,20	0,60
0,30	0,30	0,90
0,40	0,40	1,20
0,50	0,50	1,50
0,60	0,60	1,80
0,70	0,70	2,10
0,80	0,80	2,40
0,90	0,90	2,70
1,00	1,00	3,00
1,10	1,10	3,30
1,20	1,20	3,60
1,30	1,30	3,90
1,40	1,40	4,20
1,50	1,50	4,50

§ 30 Ziffer 9

wird gestrichen.

§ 30 Ziffer 10

erhält folgenden Wortlaut:

Die Bezugsdauer der Erwerbslosenunterstützung beträgt bei einer Mitgliedsdauer von

52 Wochen bis 40 Werttage	104	50
156 „ „ 60 „	156	60
208 „ „ 70 „	208	70
260 „ „ 80 „	260	80
312 „ „ 90 „	312	90
364 „ „ 100 „	364	100
416 „ „ 110 „	416	110
468 „ „ 120 „	468	120
520 „ „ 130 „	520	130

§ 30 Ziffer 11

wird gestrichen.

§ 31 Ziffer 3

erhält folgenden Wortlaut:

Kurzarbeit gilt als Erwerbslosigkeit und kann den davon Betroffenen Erwerbslosenunterstützung gezahlt werden, wenn der Schichtverlauf durch Kurzarbeit in zwei aufeinander folgenden Kalendermonaten sechs und mehr Arbeitstage beträgt. Die Zahlung der Kurzarbeiterunterstützung ist nach Erfüllung der sechstägigen Wartezzeit nur dann zulässig, wenn in den darauf folgenden Kalendermonaten mehr als drei Feiertage je Monat eingelegt werden. Wird für Feiertage die Zahlung der Kurzarbeiterunterstützung beantragt, sind die in jedem Kalendermonat verfahrenen Feiertage von den Feiertagen in Abzug zu bringen. Anspruch auf Unterstützung besteht weiter nur dann, wenn sich das Mitglied vom ersten Tage der Kurzarbeit an regelmäßig meldet. Die Kurzarbeiterunterstützung wird auf die nach § 30 zu zahlende Erwerbslosenunterstützung in Anrechnung gebracht.

Werden in drei aufeinander folgenden Kalendermonaten keine Feiertage eingelegt, so ist die Karenzzeit von sechs Tagen erneut zu erfüllen.

§ 32 Ziffer 5

erhält folgenden Wortlaut:

Für Invaliden und Ausgesteuerte wird die Sterbeunterstützung nach dem Bezirks-Durchschnittsbeitrag errechnet. Das gleiche gilt für Invaliden und Ausgesteuerte, die außer ihrer Rente oder Unterstützung kein Einkommen haben, aber höhere als Invaliden- oder Ausgesteuertenbeiträge gezahlt haben, soweit sie auf Grund der höheren Beitragszahlung keine höhere Sterbeunterstützung beanspruchen können.

Diese Änderungen des Statuts treten am 28. August 1932 in Kraft.

Bochum, den 20. August 1932.

Der Verbandsvorstand.

Kameraden!
Denkt an die Werbearbeit!

Kennen Sie schon die ideale Reinigungshilfe?

GEG-PRESSANTSEIFE reinigt alle schmierige Verunreinigung und säubert auch die Hände mühelos. GEG-Pressantseife aus dem **KONSUMVEREIN** wird auch Ihren Beifall finden!

Zufertate haben stets Erfolg!

Konkurrenzlos herabgesetzte Preise!

Billige böhmische Bettfedern vom Gänsezüchter!

Vertrauliches, best-reelles christliches Haus!

1 Pfund große Halb-
Küchelhühner 0,30
u. 0,60, halbbweise
geköpft 0,15 — wasser-
fest 0,20 — 1,50 —
Gänsezüchter Billig-
haus Nr. 3, 5, 5 —
u. 5,75, ungeköpft
weisse, jeite 0,20 —
0,50, u. 3,50, 2,50
graue, jeite 0,15, 0,30
0,50, weisse 0,15, hochfeine 0,15, —
gegen Nachnahme, 90 Tage, von 9 Pfund an konnte.
Betriebsgemeinschaft

Wenzel Fremuth,
Dechenitz 138 Schm.

BÜCHER aller Art erhalten die Leser unserer Zeitung vorteilhaft durch unsere Buchhandlung H. Hansmann & Co., Bochum

Gänsefedern noch billiger!

Pfd. von RM. 2,50 an. Wir senden Ihnen gern kostenlos unsere Muster von 1a gerast. und ungerast. Gänsefedern und Daunen. **Ernst Weinberg,** Neutrebbin 12, Aelteste Oderbrucher Bettfedern-Wäscherei.

Sächsische Bettfedern

Fabr. P. Hoyer, Dalltze 78

Provinz Sachsen, Angerstraße Nr. 4

sendet Ihnen nur allerbeste streng reelle Qualitäten an Bettfedern bedeutend billiger zu Fabrikpreisen prima **BETT-INLETT**

Prüfen Sie selbst und verlangen Sie Proben und Preisliste unsonst und portofrei.

Konkurrenzlos m. Garantieschein f. 3 Jahre Gute Laiden nur M. 1,80

Nr. 3 Ferner-Hut-Überwurf 1,80
Nr. 4 Ferner-Hut-Überwurf 2,90
Nr. 5 m. best. Wert. 3,90
Nr. 6 Ferner-Hut-Überwurf, pergeh. eleg. Gehänge gutes Wert. 5,40
Nr. 7 Ferner-Hut, netz. 3,00
Nr. 8 Ferner-Hut m. Riem. netz. 2,90
Kiddelste 0,30. Doppelste 0,25
geh. 2,3. Ger. 0,1. — Kopfleite 0,25
Beder, ja Weingüter 1,15

Jede Uhr hat ein 36 stündiges genau reguliertes Werk. Versand gegen Nachnahme, an 22 Katalog zum gratis. **Uhrenfabr. Fr. Heinecke,** Braunschweig 55, Seilf. 3. Jahrespreis ca. 15 000 Uhren nach allen Ländern der Welt

Drucksachen jeder Art liefert preiswert **H. Hansmann & Co., Bochum**

34 ist seit Jahren an großen rheumatischen Schmerzen leidend. In den Jahren vorher fühlte (wobei er keine nennenswerten geistigen u. taub waren) in den Beinen, Händen u. im Kreuz. Alles, die an **Rheumatismus, Gicht od. Spondylitis** leiden, bin ich gern bereit höhere kostenfreie Auskunft zu erteilen; Rückporto erbeten. **Helzig Brander,** Gastwirt **Bunne-Eidel,** Mittelstraße 62.

Offene Beine

Ein einfaches, billiges Hausmittel, ärztl. empfohlen, tagl. eingehende Anerkennungen. **Auskunft kostenlos. H. FUNKE** Leipzig N. 123 Theresienstraße 5

Käse billiger!

93 Pf. rote Käse 2,70
200 Pf. rote Käse 2,70
4 1/2 Pf. Käse 1,15
100 Pf. Käse 2,70, ab hier. **C. Ramm,** Mortorf, Post-40

Togal

unübertroffen bei **Rheuma / Gicht Kopfschmerzen**

Ischias, Hexenschuss u. Erkältungskrankheiten. Entfernt d. Harnsäure! 6000 Arztgutachten! Vollkommen unschädlich. Fragen Sie Ihren Arzt

Anerkannt beste Bezugsquelle!

Billige böhmische Bettfedern

und Daunen. Nur reine, gutfüllende Qualität. 1 Pfund graue, gute gefüllte 50 Pf. best. 60 Pf. halbbweise, feinste 1 M.; weisse, feinstgefüllte 1,50, 1,90, 2,50; feinstere gefüllte 2,50, 3,—, 4,—, 5,—. Graue Halbdaunen gefüllte 0,30, 0,40, 0,50. Graue Halbdaunen 0,15, halbbweise 0,15, 0,20, 0,30, 0,40, 0,50. Graue Halbdaunen 0,15, halbbweise 0,15, 0,20, 0,30, 0,40, 0,50. Graue Halbdaunen 0,15, halbbweise 0,15, 0,20, 0,30, 0,40, 0,50. Graue Halbdaunen 0,15, halbbweise 0,15, 0,20, 0,30, 0,40, 0,50.

Flammruß M. 2,25, 3,25, 4,25. Versand jeder Menge sofort gegen Nachnahme. Von 10 Pf. an auch portofrei. Nicht geliefertes wird umgetauscht oder Geld zurück. — Ausführliche Preisliste und Muster kostenlos. **S. Benisch** in Prag XII, Americká ulice Nr. 709 (Böhmen).